Bevölkerungs-schutz

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS

ZEITSCHRIFT FÜR RISIKOANALYSE UND PRÄVENTION, PLANUNG UND AUSBILDUNG, FÜHRUNG UND EINSATZ

14 / DEZEMBER 2012



Dossier

Kommunikation im Katastrophenfall

Seite **7**

Nationalrat Walter Müller, Präsident SZSV

«Jetzt formen wir den Zivilschutz der Zukunft»

Seite **4**

Social Media

Ein guter Link zur Bevölkerung

Seite **13**

Alarmierungssystem

POLYALERT auf «Tour de Suisse»

Seite **21**

Modernste Einsatzzentrale

Wo jeder Einsatz anfängt

Seite **32**

www.bevoelkerungsschutz.ch

INHALT











EDITORIAL 3

PERSÖNLICH

«Jetzt formen wir den Zivilschutz der Zukunft» 4
«Der Zivilschutz steht vor einem Quantensprung», sagt Nationalrat Walter Müller im Interview. Als neuer Präsident des Schweizerischen Zivilschutzverbandes SZSV und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats muss er es wissen.

DOSSIER: KOMMUNIKATION IM KATASTROPHENFALL

Ein vertrautes Gesicht 7
Medien blasen Ereignisse gerne auf. Marco Cortesi, langjähriger Sprecher der Stadtpolizei Zürich, kennt das Rezept, die Informationslage mit grosser Sachlichkeit wieder in den Griff zu kriegen.

Auf allen Kanälen 10
Die Nutzung der Medien hat sich in den letzten Jahren massiv verändert. Radio und Fernsehen behalten gerade im Katastrophenfall eine wichtige Rolle, sagt Gregor Sonderegger, stellvertretender Nachrichtenchef des Schweizer Fernsehens.

Ein guter Link zur Bevölkerung 13
Vielerorts wägen die Behörden noch die Schwierigkeiten und die Chancen von Social Media ab, andernorts wurden diese bei Katastrophen bereits erfolgreich genutzt.

In vorbereiteten Strukturen 16
Am 14. April 2012 zerstörte eine starke Explosion in einem Mehrfamilienhaus in Pratteln BL mehrere Wohnungen. Die Informationsorgane der Kantonalen Krisenorganisation Basel-Landschaft hatten ein grosses Medieninteresse zu bewältigen.

Neue Herausforderungen für die Kommunikation 19
Hauptthema der diesjährigen Bevölkerungsschutzkonferenz war die Information und Kommunikation in Katastrophen und Notlagen.

KOOPERATION 20

AUSBILDUNG 22

AUS DEM BABS 24

AUS DEN KANTONEN 30

AUS DEN VERBÄNDEN 35

SERVICE 38

SCHLUSSPUNKT 39

Titelbild: Bei Unglücksfällen und Katastrophen ist das Interesse der Medien meist riesig. Im Bild: die Journalisten nach dem Tunnelunfall bei Siders VS im März 2012.

Liebe Leserin, lieber Leser

In den letzten Jahren hat sich die Medienlandschaft stark verändert. Fast jeder Haushalt ist ans Internet angeschlossen. Smartphones laufen herkömmlichen Handys den Rang ab. Facebook, Twitter, YouTube, App – bis vor Kurzem kaum bekannte Begriffe sind heute allgegenwärtig. Bei einer Katastrophe ist viel stärker damit zu rechnen, dass Bilder von Zeugen oder Betroffenen um die Welt gehen oder dass Analysen von selbsternannten Experten breite Aufmerksamkeit finden. Umgekehrt können Social Media auch von den Behörden eingesetzt werden, und zwar sowohl zur Verbreitung als auch zur Beschaffung von Informationen.

Dabei dürfen wir aber die klassischen Medien nicht vergessen. Ein Grossteil der Bevölkerung nutzt weiterhin primär diese – ganz besonders im Katastrophenfall. Ausserdem ist die Funktionsfähigkeit der neuen Technologien im Katastrophenfall nicht sichergestellt. Schliesslich unterliegen die neuen Kommunikationstechnologien einem raschen Wandel, während Planungen zum Katastrophenschutz einen längeren zeitlichen Horizont haben. Das heisst: Wenn wir heute ein entsprechendes Instrument aufbauen, können wir nicht sicher sein, ob dieses noch funktionieren wird, wenn wir es dann tatsächlich brauchen – in ein, fünf oder zehn Jahren.

Auch mit den neuen Medien gelten zudem grundsätzlich weiterhin die traditionellen Maximen für die Krisenkommunikation: Die zuständigen Behörden bleiben zentrale Informationsträger. Sie haben möglichst klar, rasch, transparent und sachgerecht über Ursachen und Folgen einer Katastrophe oder Notlage zu informieren. Sie müssen koordiniert vorgehen und festlegen, wer was wann wem und wie kommuniziert. Sie müssen Verantwortliche und Experten in die Kommunikation einbinden. So schaffen und erhalten sie Vertrauen und Glaubwürdigkeit.



Im Oktober hat das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS die diesjährige Bevölkerungsschutzkonferenz dem Thema Kommunikation im Katastrophenfall gewidmet. Damit konnten rund 150 hochrangige Führungspersonen und Fachleute aus dem Bevölkerungsschutz die anspruchsvollen Aufgaben eingehend diskutieren. Mit der vorliegenden Ausgabe unserer Zeitschrift möchten wir das Thema auch einem breiteren Publikum näherbringen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Willi Scholl
Direktor BABS

Nationalrat Walter Müller, neuer Präsident des Schweizerischen Zivilschutzverbandes SZSV

«Jetzt formen wir den Zivilschutz der Zukunft»

«Der Zivilschutz steht vor einem Quantensprung», sagt Nationalrat Walter Müller im Interview. Als neuer Präsident des Schweizerischen Zivilschutzverbandes SZSV und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats muss er es wissen.

Herr Müller, «Sicherheit bringt Freiheit» lautet einer Ihrer Slogans …
Das ist nicht bloss ein Slogan, das ist ein Credo! Ohne Sicherheit gibt's keine Freiheit. Wenn ich das sage, meine ich das auch so. Nur wer sich sicher fühlt, kann sich auch frei fühlen.

Fühlen Sie sich sicher?
Ja, durchaus. Es ist mir bewusst, dass es keine absolute Sicherheit gibt – in verschiedensten Bereichen nicht. Sei es bei der Arbeit, im Verkehr oder sonst wo, ein gewisses Risiko besteht immer. Zunehmend Sorge bereiten die vermehrten Übergriffe auf Frauen. Im Vergleich zu anderen Ländern kann man sich in der Schweiz aber sicher fühlen.

Haben die Schweizer ein besonders hohes Sicherheitsbedürfnis?
Das sehe ich etwas ambivalent. Einerseits besteht, etwa im öffentlichen Raum, berechtigterweise ein hoher Sicherheitsanspruch, andererseits stelle ich fest, dass viele in der Freizeit hohe Risiken eingehen. Man könnte schon beim Wintersport anfangen, besonders gilt dies aber für gewisse Trend- und Risikosportarten wie Base-Jumping.

Wo sehen Sie im Bereich Sicherheit die grössten Herausforderungen für die Schweiz?
Kriegerische Auseinandersetzungen sind in den Hintergrund getreten, dafür sind Sicherheitsrisiken in der gesellschaftlichen Entwicklung aufgetaucht, die uns Sorge bereiten. Wir verzeichnen eine hohe Zuwanderung, und ich stelle fest, dass das Gewaltmonopol des Staates, das in der Schweiz seit langer Zeit anerkannt ist, von gewissen zugewanderten Gruppen nicht gleich wahrgenommen oder nicht gleich akzeptiert wird. Dann dürfen wir die wirtschaftliche Instabilität in Europa nicht vergessen, die wahrscheinlich auch ein gewisses Sicherheitsrisiko bedeutet. Je vernetzter, je mobiler, je komplexer eine Gesellschaft ist, desto verletzlicher ist sie auch. Ich denke etwa an den Kommunikationsbereich, wo mit Angriffen zu rechnen ist. Die vielfältigen Infrastrukturen sind zudem gefährdet durch Katastrophen. Da kommen wir zu einem Bereich, in dem der Zivilschutz gefordert ist.

Was kann der Zivilschutz zur Sicherheit beitragen?
Weil Naturereignisse und technische Störfälle unsere

Walter Müller

Der 64-jährige Walter Müller ist am 20. April 2012 in Luzern zum Präsidenten des Schweizerischen Zivilschutzverbandes SZSV gewählt worden. Als Mitglied der St. Galler «FDP.Die Liberalen» sitzt er seit 2003 im Nationalrat; er gehört dort sowohl der Sicherheitspolitischen als auch der Aussenpolitischen Kommission an. Seit 2006 ist er zudem Vorstandsmitglied von «Swisslabel», der Gesellschaft zur Promotion von Schweizer Produkten und Dienstleistungen, und der «IG Freiheit», die gegen unnötige staatliche Regulierungen kämpft.

Der Landwirt ist Gründungspräsident der Freisinnigen Bäuerinnen und Bauern Schweiz, ehemaliger Präsident des St. Galler Bauernverbandes und früheres Vorstandsmitglied des Schweizerischen Bauernverbandes. Walter Müller ist verheiratet und Vater von vier Kindern. Mit seinen Söhnen und seiner Frau bewirtschaftet er den Riethof in Azmoos, an der Grenze zum Fürstentum Liechtenstein.



«Ich will Einfluss nehmen und den Zivilschutz in eine stabile Zukunft führen, in der er leistungsfähig und anerkannt ist.»

Gesellschaft verletzen können, benötigen wir natürlich Organisationen, die die Bevölkerung schützen, Schäden in Grenzen halten und die Infrastrukturen wieder instand stellen. Bei einer grossflächigen Katastrophe sind die klassischen Alltagsmittel, die Mittel von Polizei und Feuerwehr, schnell einmal überfordert; also braucht es zusätzliche Leute, die helfen können.

Was erwarten Sie von den laufenden Arbeiten rund um den Strategiebericht Bevölkerungsschutz / Zivilschutz 2015+?

Nach meiner Beurteilung steckt der Zivilschutz immer noch in einer Zwischenphase, in der er Bedürfnisse aus der Zeit des Kalten Krieges abdeckt. Jetzt geht es darum, den Zivilschutz der Zukunft zu formen. Der Zivilschutz steht vor einem Quantensprung; er muss ein stärkeres Selbstbewusstsein und breitere Anerkennung finden. Die Rolle des Handlangers ist vorbei. Wir müssen uns auch nicht verstecken, der Zivilschutz arbeitet auf Augenhöhe mit den anderen Partnerorganisationen. Wir sind das Durchhalteorgan und haben den längsten Atem. Wir sind für die Feuerwehr, was die Armee für die Polizei ist: Wir kommen, wenn der Einsatz über 72 Stunden dauert.

Damit haben wir einen klaren Platz im Sicherheitsverbund Schweiz. Um diese Rolle voll zu erfüllen, braucht der Zivilschutz aber die entsprechende Ausrüstung, Ausbildung, Mentalität und Kompetenz.
Hinzu kommt noch ein Klärungsbedarf bei den Begriffen: Wir haben den Zivilschutz, den Bevölkerungsschutz, den Sicherheitsverbund Schweiz und auch noch den Zivildienst, deren Abgrenzungen vielen nicht klar sind. Ich denke, der Bericht ist eine gute Grundlage, um das Sicherheitssystem in die Zukunft zu führen. Mit dem Bericht wurde eine gute Diskussion lanciert, in der es auch um die Zusammenarbeit mit der Armee und die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen geht.

Was gibt es bei der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen zu klären?

Wir stehen beim Zivilschutzmaterial in der Erneuerungsphase. Ich habe festgestellt, dass die Kantone zwar gern eine Koordination hätten, aber wenn der Bund dann mal koordiniert, wollen sie doch wieder alles selbst entscheiden. Dabei geht es im Kern gar nicht um die Aufgaben, sondern ums Geld. Hier habe ich eine klare Meinung: Wer zuständig ist, zahlt auch. Im letzten Jahrzehnt haben



«Unsere Aufgabe ist nicht, die Vergangenheit zu verwalten, sondern die Zukunft zu gestalten.»

wir den Zivilschutz als kantonale Organisation definiert, der Bund erhält im Rahmen des Bevölkerungsschutzes spezielle Aufgaben.
Allerdings kann der Bund gemäss Gesetzgebung bei nationalen Ereignissen auf den Zivilschutz zugreifen. Das ist eine Rückversicherung des Bundes bei den Kantonen. Somit kann man die Frage doch versicherungsmathematisch betrachten: Was ist diese Rückversicherung bei den Kantonen wert? Einen möglichen Kompromiss, eine pragmatische Lösung sehe ich bei den interkantonalen Stützpunkten: Der Bund finanziert das neue Material und die Kantone haben den vollen Zugriff.

Sie sprechen von «wir», wenn Sie den Zivilschutz meinen.
Selber war ich nie im Zivilschutz, aber wenn ich das Mandat des Präsidenten des Schweizerischen Zivilschutzverbandes SZSV übernehme, dann identifiziere ich mich auch damit.

Wie sehen Sie die Rolle des SZSV?
Ich habe den Job übernommen, um Einfluss zu nehmen. Die Aufgabe wurde an mich herangetragen, und ich habe zugesagt, weil für mich klar ist, dass es den Zivilschutz braucht. Jetzt will ich, zusammen mit dem Vorstand, mitbestimmen und den Zivilschutz in eine stabile Zukunft führen, in der er leistungsfähig und anerkannt ist.

Das Parlament wird entscheiden. Sind dort Sicherheitsfragen nicht einfach Armeefragen?
Es gibt natürlich Leute, denen nur – stur – die Armee etwas gilt und sonst nichts. Selbst wenn sich aus der Wehrpflicht eine Priorität der Armee ergibt, muss man heute aber anerkennen, dass die Sicherheit am besten im Verbund mit allen Kräften abgedeckt werden kann.

Wie stehen Sie zu Veränderungen im Bereich der Wehrpflicht – Stichwort GSoA-Initiative?
An Bewährtem sollte man festhalten; so stehe ich auch hinter der Wehrpflicht. Ich bin aber auch bereit, Veränderungen anzunehmen. Unsere Aufgabe ist nicht, die Vergangenheit zu verwalten, sondern die Zukunft zu gestalten. In der Diskussion um Dienstpflichtmodelle taucht schnell die Frage auf, ob es um die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht und die Abschaffung der Wehrpflicht geht – so weit sind wir noch nicht. Um eine Blockade zu vermeiden, muss man zuerst erklären, dass die Wehrpflicht erhalten bleiben und die Armee Priorität behalten soll.
Nach meiner Meinung müssten wir im zivilen Bereich die Durchlässigkeit erhöhen. Es wäre zum Beispiel anzustreben, dass man sich den Dienst in der Feuerwehr beim Zivilschutz anrechnen lassen könnte. Ich höre auch, dass die Feuerwehr manchenorts bei der Rekrutierung Mühe bekundet. Diese Situation müsste genauer analysiert werden.

Was halten Sie von einer stärkeren Beteiligung von Frauen?
Es wäre sicher wünschenswert, mehr Frauen im Zivilschutz zu haben. Frauen denken und handeln oft anders, sie lösen Probleme praktisch und unkonventionell. Gerade wenn es um die Betreuung von Menschen geht, beispielsweise im Rahmen einer Evakuierung, wäre es ein Vorteil, auch auf Frauen zählen zu können. Dies müsste aber auf freiwilliger Basis geschehen, weil wir eine Dienstpflicht für Frauen noch nicht ins Auge fassen können.

Andere europäische Länder haben weniger gezögert und die Wehrpflicht abgeschafft.
Im Ausland wurden teilweise Entscheide gefällt, die nicht durchdacht waren. Ich möchte die gesellschaftliche Komponente betonen: Würden wir die Wehrpflicht einfach abschaffen, gäbe es auch keinen Zivildienst und keinen Zivilschutz mehr. In der Diskussion, die wir zuvor führen müssten, ginge es nicht nur um die Armee, sondern darum, ob wir noch bereit sind, für die Allgemeinheit einen Beitrag zu leisten. Es ginge letztlich um das Verhältnis Bürger–Staat.

Herr Müller, besten Dank für dieses Gespräch.

Interview:
Kurt Münger
Chef Kommunikation, BABS
Pascal Aebischer
Redaktionsleiter «Bevölkerungsschutz», BABS

Kommunikation im Katastrophenfall

Ein vertrautes Gesicht

Die Kommunikation im Katastrophenfall hat sehr viel mit Wahrnehmung und Eindrücken zu tun: Zu Beginn geben die Medien vor allem den Schrecken wieder und blasen Ereignisse gerne auf. Marco Cortesi, langjähriger Sprecher der Stadtpolizei Zürich, kennt jedoch das Rezept, die Informationslage mit grosser Sachlichkeit wieder in den Griff zu kriegen.



Die Behörden informieren Anfang September 2012 die evakuierten Postangestellten des Briefzentrums Mülligen (ZH). Einige Medien verbreiteten die Falschmeldung, es habe einen Anthrax-Anschlag gegeben. Die gefundene Substanz war harmlos.



«Erzähle ich eine einzige Unwahrheit, ist meine Glaubwürdigkeit sofort futsch», sagt Marco Cortesi, seit über 20 Jahren das öffentliche Gesicht der Zürcher Stadtpolizei.

Anders als die Tragödie ist die Katastrophe keine altgriechische Erfindung. Dennoch waren die antiken Griechen die ersten, die das Unfassbare zu benennen wussten: «katá stréphein» – die Wende zum Niedergang – kommentierten sie erschrocken, als Atlantis im Meer versunken, Milet in einer Feuersbrunst zerstört und Athen im Peloponnesischen Krieg bezwungen war. Fast 3000 Jahre später löst ein undefinierbares weisses Pulver ähnlichen Schrecken über Zürich aus: Anfang September rieselte solches aus zwei Couverts im Postverteilzentrum Mülligen und provozierte einen selten gesehenen Grossalarm: Unzählige Feuerwehrleute, Sanitäter und Polizisten rückten an, um 220 Postmitarbeiter zu evakuieren. Ebenso schnell waren auch Zeitungsreporter und Fotografen vor Ort und lieferten sich einen hektischen Wettstreit um die neusten News. Im Minutentakt wurde spekuliert, fotografiert und die Augenzeugenberichte inklusive unbestätigter Vermutungen auf einem der vielen Internetportale platziert. Der «Anschlag mit Anthrax» geisterte eine Nacht lang online durch ganz Europa; erst am nächsten Tag konnten die Sprecher der Rettungskräfte Entwarnung geben: Es war ungefährliches Stärkepulver, das für grosse temporäre Aufregung gesorgt hatte. Dass jedem Schadensereignis eine sogenannte unkontrollierbare Chaosphase folgt, steht in den Theoriebüchern über Bevölkerungsschutz geschrieben. Die Praxis hat Marco Cortesi, Leiter der Medienstelle der Stadtpolizei Zürich, nun etwas Neues über solche Störfaktoren gelehrt: «Das Tempo der elektronischen Medien kann die Kommunikation im Katastrophenfall empfindlich erschweren.»

Die Stadtzürcher Blaulichtorganisationen – die Polizei, die Berufsfeuerwehr sowie Schutz und Rettung – sprechen in Farben, wenn sie Schadensereignisse klassieren. Grün ist Alltag und meint den Einsatz bei einem Verkehrsunfall oder Wohnungsbrand; gelb ist eine Massenkarambolage oder ein grosser Bahnunfall; vorstellbare Szenarien für die Lage «orange» sind: Tunnelbrand oder Geiselnahme. Rot hingegen ist der schwerst mögliche Katastrophenfall, den ein Erdbeben, das Sihlhochwasser, ein Flugzeugabsturz oder radioaktive Strahlung verursachen kann. Doch diese Unterscheidung hält einer subjektiven Wahrnehmung nicht immer stand. Nicht selten wird letztere bereits zur medialen Realität. Und die drohende Gefahr erhält dank der schnellen Verbreitung unmittelbar ein anderes Gewicht: «Selbst wenn wir uns im grünen oder gelben Bereich bewegen, schalten die meisten Medien schon auf rot», gibt Polizeisprecher Cortesi zu bedenken. Der Medienhype kann aus Mücken unwidersprochen Elefanten machen. Nicht nur die Geschwindigkeit ist ein Problem, oft bleiben auch die fundierten Informationen auf der Strecke.

Glaubwürdigkeit als zentrales Anliegen

Seit über 20 Jahren ist Marco Cortesi das öffentliche Gesicht der Zürcher Stadtpolizei und hat in dieser Zeit mehrere Grosseinsätze erlebt: explodierende Tanks mitten in einem Wohngebiet oder brennende S-Bahn-Züge im Hirschengrabentunnel. «Von Katastrophen gemäss unserer Klassierung sind wir gottlob verschont geblieben.» Dennoch gilt es fast jeden Tag, ruhig über eine Krisensituation zu informieren. Wie bei der polizeilichen Ermittlungsarbeit überhaupt, beginnt auch die Katastrophenkommunikation jeweils damit, sämtliche Hinweise und anfänglichen Anfragen ernst zu nehmen. Was man sieht, ist sofort zu bestätigen – «so schlimm es auch ist». Das Rezept, mit dem die offiziellen Kommunikationsorgane hantieren, besteht nur aus sachlicher, nicht wertender und transparenter Information. Wie aufgeblasen die Geschichte auch wirken mag, Falschmeldungen darf Polizeisprecher Cortesi erst dementieren, wenn das Gegenteil bewiesen ist. «Erzähle ich eine einzige Unwahrheit, ist meine Glaubwürdigkeit sofort futsch.»
Unter Zugzwang wird dadurch aber die Krisenorganisation gesetzt. Je schneller die Leute im Hintergrund agieren, umso früher werden neue Erkenntnisse geliefert. Nur so erhöhen sich die Chancen, die Spekulationen der anwesenden Journalisten frühzeitig einzudämmen und die Führung über die kommunizierten Inhalte zu gewinnen.

Beizug von kompetenten Spezialisten

Der Mechanismus bei der Katastrophenkommunikation funktioniert in einem eigenen Takt: Zu Beginn ist vieles unklar, und die vage, kaum erkennbare Ausgangslage ist

für die Informationsvermittlung oft sehr schwierig. Bei grossen Schadensereignissen können zudem die Strassen verstopft sein, was den Zugang erschwert; bisweilen sind sogar Journalisten oder Leserreporter die ersten Zeugen am jeweiligen Unglücksort. Wichtig für die Bevölkerung und die Medienschaffenden aber ist, auf Behördenseite ein kompetentes und konstantes Vis-à-vis zu erhalten. Das hat sich nach dem Swissair-Absturz in Halifax, dem Carunglück im Wallis oder anderen tragischen Ereignissen gezeigt. Doch die Mediensprecher können natürlich nicht alles alleine bestreiten und vor allem nicht alle Fragen glaubwürdig selber beantworten. «Daher bemühe ich mich, möglichst schnell kompetente Fachleute oder die wirklich Zuständigen als zweite Auskunftsperson beizuziehen», beschreibt der Zürcher Polizeisprecher die zweite Kommunikationsphase.

Auch für die dritte Phase werden Externe beigezogen. Wenn die Faktenlage keine Zweifel mehr offen lässt, geht es darum, den Polizeikommandanten oder den politisch verantwortlichen Stadtrat vor die Kameras treten zu lassen. «Man darf diese aber nicht zu früh bringen, sondern erst, wenn es nichts mehr zu spekulieren gibt», warnt Marco Cortesi.

Aussenstehende sind oft beeindruckt, wie improvisiert die Informationsaktivitäten wirken. Doch dahinter steckt sehr viel Ordnung, Vorbereitung und Organisation. Vor wenigen Jahren hat die Zürcher Stadtpolizei das übergeordnete Katastrophenmanagement umstrukturiert. Die möglichen Risiken wurden neu analysiert, die wahrscheinlich häufigsten Gefahren abgeschätzt und das Netzwerk für eine gut funktionierende Kommunikation ausgelegt. Den Mediensprecher der Polizei in den Führungsstab zu delegieren, war dabei nur ein kleines Puzzlestück. Mindestens so wichtig sei es, so Dominic Roos, für das Katastrophenmanagement in der Stadt Zürich zuständig, die verwaltungsinternen Fachpersonen zu bestimmen, die im Bedarfsfall abrufbar und für die eigenen Medienleute greifbar sind. Nicht nur komplexe Gefahren sind möglichst schnell und qualifiziert zu kommentieren. «Die Krisenorganisationen der Stadt Zürich sind sehr privilegiert, weil derart viele Spezialisten in der Verwaltung der Stadt und des Kantons arbeiten», sagt der Katastrophenbeauftragte Roos. Ebenso wichtig aber ist, dass sich Sachverantwortliche und Kommunikationsleute gegenseitig kennen und intern alle dieselbe Sprache sprechen.

Social Media erst eine Ergänzung

Wenn Fachleute in Mikrofone reden, ist nämlich nicht immer alles verständlich gesagt. «Experten bewegen sich oft auf eigener Flughöhe und verwenden Fremdwörter, welche die Leute auf der Strasse nicht verstehen.» Zieht Marco Cortesi einen Spezialisten bei, wird er selber weiterhin gebraucht. Seine Aufgabe ist es, die Informationen in einfache Bilder zu packen und «einem Schüler oder einer Migrantin mit schlechten Deutschkenntnissen verständlich zu machen».

Denn wirksam ist die Kommunikation der Polizei nur, wenn sich alle Bevölkerungskreise angesprochen fühlen. Und hier kommen – je länger je mehr – die neuen elektronischen Medien und Social Media zum Zug. Analysen haben gezeigt, dass Jugendliche bis etwa 20 Jahre sich hauptsächlich über Facebook und Twitter informieren. Charakteristisch hierbei ist, wie schnell die User jeweils einer Katastrophenmeldung folgen und wahre wie falsche Informationen explosionsartig weiterverbreiten. Obwohl nur rund 15 Prozent der Bevölkerung online derart aktiv sind, «müssen wir auch diese Kanäle vermehrt nutzen», ist für Marco Cortesi klar.

Das Polizeikommando der Stadt Zürich ist auf beiden sozialen Netzwerken mit eigenem Account präsent. Bislang werden aber nur Zeugenaufrufe eingestellt oder Fragen der Bevölkerung entgegengenommen. Zwar wäre es sehr wichtig, in Krisensituationen auf dem Internet sofort und schnell präsent zu sein. «So können wir unsere Leute entlasten, weil wir die Anfragen von Angehörigen vorzeitig abfangen können», sagt Cortesi. Doch im Katastrophenfall auf die elektronischen Medien zu setzen, wird vom Sicherheitsexperten Dominic Roos eher skeptisch kommentiert: «Ob die Kommunikation über Internet oder Handy bei einem wirklich ernsthaften Gefahrenszenario funktioniert, wage ich jedenfalls zu bezweifeln.»

Paul Knüsel
Journalist

Veränderungen in der Mediennutzung

Auf allen Kanälen

Die Nutzung der Medien hat sich in den letzten Jahren massiv verändert. Das letzte Stündlein von Radio und Fernsehen wird aber noch lange nicht schlagen, davon ist Gregor Sonderegger, stellvertretender Nachrichtenchef des Schweizer Fernsehens, überzeugt. Bei Krisen und Katastrophen sind diese Medien gar besonders gefragt.

Noch bis vor nicht allzu langer Zeit hielt sich die interessierte Bürgerin, der interessierte Bürger vor allem mit Zeitung, Radio und Fernsehen auf dem Laufenden. Dann kam das Internet. Nutzten es 1997 erst fünf Prozent der Bevölkerung über 14 Jahre täglich, taten dies laut Bundesamt für Statistik BFS 2005 schon 50 Prozent und im Frühling 2012 gar 72,8 Prozent. Jüngst verbreiteten sich die Smartphones fast explosionsartig. «Der wesentliche Effekt ist, dass man heute über sehr viel mehr Kanäle an sehr viel mehr Orten auf Informationen zugreifen kann», erklärt Gregor Sonderegger. Ob im Zug oder im Restaurant: «Die Leute konsumieren mit ihren Mobiles permanent Informationen, journalistische Inhalte, aber auch Unterhaltung.»

Drei Revolutionen

Gregor Sonderegger, der im Oktober an der Bevölkerungsschutz-Konferenz in Solothurn über die Mediennutzung referiert hat, sieht neben dieser Vervielfachung der Möglichkeiten zwei weitere aktuelle «Revolutionen»: Heute herrscht ein riesiges Gratisangebot, das sich aber mehr schlecht als recht aus der Werbung finanziert. Weltweit stehen die Verlage vor der Herausforderung, den Weg zum bezahlten Inhalt zu finden.
Immer wichtiger wird zudem die «On-Demand-Nutzung». Gemeint ist, dass etwa Sendungen nicht beim eigentlichen Ausstrahlungstermin, sondern zeitversetzt konsumiert werden. Eine ganze Reihe Angebote mit unterschiedlichen technischen Lösungen machen dies möglich. Mittlerweile gibt es Fernsehdienste, mit denen man bis 30 Tage zurück einzelne Sendungen aus dem Programm herauspicken kann. «Damit schaut der Mediennutzer viel stärker, was er will, wo er will und wann er will. Das ist eine völlig neue Art, die Medien zu konsumieren», betont Fernsehmacher Gregor Sonderegger.
Die technischen Möglichkeiten scheinen unerschöpflich. Der unbedarfte, vor allem ältere Durchschnittskonsument ist bei all dem sich wandelnden Angebot bald überfordert. Selbst wenn man sich nur vor Augen führt, dass bei den Digitalfernsehanbietern 300 bis 400 Fernsehkanäle zur Auswahl stehen, drängt sich das Bild von der Qual der Wahl auf. Gregor Sonderegger denkt denn auch, dass es für den Konsumenten unangenehm werden kann. «Wenn ich ständig entscheiden muss, was ich sehen will und wann ich es sehen will, bin ich vielleicht einmal froh, setzt man mir etwas vor.» Er geht davon aus, dass das Angebot nicht nur weiter wachsen wird, sondern dass es auch an Benutzerfreundlichkeit gewinnt.
Dabei hat die Zukunft schon begonnen: Wer im Internet ein Buch kauft, erhält umgehend weitere gezielte Kaufvorschläge. Möglich machen dies insbesondere Crowd-Sourcing-Anwendungen, die darauf abstützen, was andere Kunden, die dasselbe Buch gewählt haben, sonst noch bestellt haben. Bald könnte vielleicht ein Tool den Medienkonsumierenden ein persönliches Programm zusammenstellen. Gregor Sonderegger: «Wenn eine geniale On-Demand-Stufe auftaucht, werden immer mehr Leute vom linearen Fernsehen zu diesem anderen Fernsehen wechseln.»

Computer und TV sind noch nicht eins

Computer, Internet und Fernsehen sind erst auf dem Weg zu verschmelzen. Zwar würden viele Junge Medien nur noch auf dem Laptop oder Tablet konsumieren, aber bisher habe es noch niemand wirklich geschafft, Computer und Fernseher richtig zusammenwachsen zu lassen, urteilt Gregor Sonderegger. «Es gibt immer noch einen Ort für den Fernseher und einen Ort für den Computer.» Der Fernsehmacher glaubt auch, dass das klassische Fernsehen noch sehr lang eine grosse Rolle spielen wird: «Viele Argumente sprechen dafür. Beispielsweise macht es viel mehr Spass, ein Fussballspiel live und auf einem grösseren Bildschirm zu sehen. Es gibt viele Ereignisse, auch bestimmte Sendungen, die man einfach gern live miterlebt. Und vor allem bei Breaking News will man aus erster Hand informiert werden.» Hinzu komme, dass der Mensch Gewohnheiten pflegt: «Am Sonntag sehen viele



Der Tagesschau-Newsroom des Schweizer Fernsehens.

Leute einfach gern den Tatort, am Dienstag den Kassensturz. Gewisse Rituale haben Lagerfeuerfunktion.»
Das Fernsehen selbst, auch das öffentlich-rechtliche, hat die Möglichkeiten und Anforderungen von Internet und Social Media aufgenommen. Nach Sendungen wie «Arena» oder «Club» geben Zuschauerinnen und Zuschauer Feedback, diskutieren teilweise intensiv; ebenso kommentieren Userinnen und User «Tagesschau Online». Während einzelner Live-Sendungen kann das Publikum sogar direkt mitmachen und Fragen oder Kommentare eingeben.
Im Informationsbereich gilt bei Schweizer Radio und Fernsehen SRF sogar die Devise «Online first». Im Zentrum stehen natürlich immer noch Radio- und Fernsehbeiträge, der Broadcast. «Meist kommen die Beiträge aber zeitgleich oder gar vorher ins Internet», sagt Gregor Sonderegger. Für den einzelnen Fernseh- oder Radioredaktor bedeutet dies, dass er manchmal auch eine spezielle Onlineversion seines Beitrags erstellen muss. Und wenn ein Reporter vor dem Kameramann an einem Unglücksort eintrifft, macht er mit seinem Handy schon einmal ein paar Bilder fürs Internet. «Ein Zeitungsartikel wird heute ja auch mehrere Male verwertet. Ich denke, Konvergenz ist eine Herausforderung, vor der alle Medienunternehmen stehen, Service-Public-Unternehmen wie private.»
SRF sei aber doch etwas ein Spezialfall: «Wir haben bewusst entschieden, in der Deutschschweiz den Vektor Radio und den Vektor Fernsehen in der Information nicht zusammenzulegen.» Die zwei Chefredaktionen sind publizistisch getrennt. In so einem kleinen Land wie der Schweiz ergebe sich sonst eine zu grosse Einheit, erklärt Gregor Sonderegger. Das Online-Angebot in der Information verantworten die beiden Chefredaktoren aber gemeinsam. «Es ist sozusagen der Zusammenfluss der journalistischen Inhalte von Radio und Fernsehen.»



«Wir sind lieber mal nicht first, dafür aber right», sagt Gregor Sonderegger, stellvertretender Nachrichtenchef des Schweizer Fernsehens.

Informationen aus der Bevölkerung

Social Media kann die redaktionelle Arbeit der klassischen Medien nicht ersetzen, meint Gregor Sonderegger. «Dass es in der arabischen Welt bei der Nutzung von Social Media geradezu eine Explosion gegeben hat, liegt daran, dass es für viele die einzige Möglichkeit war, überhaupt irgendwo ihre Meinung kundzutun und informiert zu werden. Via zensurierte staatliche Kanäle ging das nicht.»

Wie bei anderen Medien nehmen auch die öffentlich-rechtlichen News-Redaktionen vom Publikum eingebrachte Inhalte auf. «Wir müssen damit aber sehr vorsichtig umgehen.» Dabei nehmen die Redaktionen auch in Kauf, dass die Recherchen Zeit benötigen, ganz nach der Journalismus-Grundregel «Be first, but be right», «Sei der Erste, aber sei korrekt». «Wir sind lieber mal nicht first, dafür aber right», sagt Gregor Sonderegger. Es gehe nicht einmal darum, Fälschungen zu entlarven; meist handelten Leute absolut nicht böswillig, wenn sie etwa ein Foto aus dem Archiv und nicht vom aktuellen Unwetter schickten. Bei SRF sei man auch zurückhaltend, das Publikum zu Beiträgen aufzurufen. «Wir wollen nicht, dass Leute für ein Foto Rettungsarbeiten stören oder sich selbst in Gefahr bringen. Deshalb gibt's bei uns auch kein Geld für Fotos.»

Bei Katastrophen besonders gefragt

Gerade bei Katastrophen ist die Informationsarbeit von Radio und Fernsehen gefragt: «Unsere Erfahrung zeigt, dass im Krisenfall die klassischen Kanäle stärker konsumiert werden. Dies gilt nicht nur bei Katastrophen im Inland, sondern auch bei Breaking News aus dem Ausland», sagt Gregor Sonderegger und nennt die arabische Revolution und das Unglück in Fukushima als Beispiele. In solchen Situationen würden die Leute eher die Nachrichten im Radio hören oder die «Tagesschau», «10vor10» oder entsprechende Sondersendungen im Fernsehen einschalten. Natürlich konsumiere man auch online, aber das Bedürfnis nach kommentierter Information aus erster Hand, von direkt vor Ort werde viel grösser. «Man informiert sich dann weniger via Social Media.»

Die direkte Kommunikation der Behörden mittels Social Media beurteilt Gregor Sonderegger zurückhaltend: «Die Frage ist, ob die Information auch ankommt. Die Gesetzmässigkeit von Social Media lautet: Sei immer auf Sendung, damit auch viele Leute auf Empfang sind. Und das ist wohl für eine Katastrophenkommunikation schwierig, weil es ausserhalb des Katastrophenfalls eben gerade nicht viel zu kommunizieren gibt.» Die klassischen Medien wirkten dabei als Multiplikatoren.

Es sei wichtig, in der Katastrophe nicht auf Panik zu machen, aber auch, die Behörden kritisch zu begleiten. Die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG spiele da eine wichtige Rolle: «Die SRG hat den Auftrag, auch im Krisenfall senden zu können und ist entsprechend organisiert, sie hat ebenfalls die Verbreitungspflicht für bestimmte Warnungen, Meldungen und Fahndungsaufrufe der Behörden, sie bleibt aber – ausserhalb dieses Fensters – redaktionell unabhängig. Dies ist eine gute Kombination.»

Pascal Aebischer
Redaktionsleiter «Bevölkerungsschutz», BABS

Social Media in der Katastrophenkommunikation

Ein guter Link zur Bevölkerung

Social Media sind allgegenwärtig – und auch ein Thema für den Bevölkerungsschutz. Vielerorts wägen die Behörden noch die Schwierigkeiten und die Chancen ab, andernorts wurden sie bei Katastrophen bereits erfolgreich genutzt.



Wo immer etwas geschieht: Smartphones sind nicht weit. Oft stellen Zeugen Informationen ins Internet und lassen ein breites Publikum teilhaben. Im Bild: Ein Schulbus der Freiburger Verkehrsbetriebe ist im September 2012 bei Farvagny FR in eine Scheune gerollt.



Über die Plattform «Google Person Finder» kann nach einer Katastrophe jeder nach seinen vermissten Angehörigen suchen. Im Bild: das Beispiel eines Erdbebens in Chile.

Wie wir privat handeln würden, wenn sich in unserem Umfeld eine Katastrophe ereignete, ist kaum voraussehbar. Zur Information würden viele wohl erst einmal das Radio oder den Fernseher einschalten. Immer mehr würden aber auch das Internet und die Social Media nutzen, um sich zu informieren.

Wichtige Informationsquelle, aber nicht ohne Risiko

Betroffene suchen im Katastrophenfall vor allem aus zwei Gründen in den Social Media nach Informationen: Zuerst einmal sind sie es gewohnt, dort Informationen zu erhalten. Die Leitmedien haben sich in den letzten Jahren auf den Computer, das Internet und Web 2.0 fokussiert, so dass sich auch die Medienbindung entsprechend entwickelt hat. Nebst dem TV, der immer noch oft und gerne genutzt wird, sind zunehmend mobile Geräte und der Computer mit Internetanschluss beliebt – besonders bei den bis 44-Jährigen.

Der zweite Grund ist die Geschwindigkeit der Neuen Medien. Oft können Ereignisse wortwörtlich in Echtzeit mitverfolgt werden. Relevante Informationen verbreiten sich rasend schnell. Die Chance, dass in den Social Media jemand mehr weiss und weitere Informationen hat, ist gross. Wie vertrauenswürdig die einzelnen Quellen in den Social Media sind, ist jedoch schwierig einzuschätzen. Der Journalist Konrad Weber liefert in seinem Blog wertvolle Tipps zur Verifikation von Inhalten in den Social Media. Er rät, direkt bei den Personen, welche die Informationen liefern, nachzufragen und über sie zu recherchieren, Metadaten von Bildmaterial auszuwerten sowie Vergleiche zwischen den verschiedenen Inhalten herzustellen. Inwiefern solche Abklärungen von Privatpersonen tatsächlich gemacht werden, ist fraglich. Und für Medien ist es besonders verlockend, Neuigkeiten vor der Konkurrenz zu verbreiten und dabei auf eine abschliessende Prüfung zu verzichten. Die fehlende Quellenverifizierung kann aber verheerend sein; durch subjektive Interpretationen und Falschmeldungen kann die Bevölkerung zusätzlich verwirrt und verunsichert werden.

Chancen für die Kommunikation von Behörden

Es stellt sich die Frage, ob bei einer Katastrophe die Behörden in den Social Media agieren müssen. «Klar!», lautet die Antwort von Martin Anderson, «Digital Media Manager» der Feuerbehörde im australischen Bundesstaat Victoria: Die Behörden sollten im Katastrophenfall alles machen, um die Ziele zu erreichen (primär Leben zu retten). Dass dazu auch Social Media eingesetzt werden, liege auf der Hand, da es für viele ein Hauptkommunikationskanal sei. Übernehmen die Behörden den Informationslead nicht und dominieren die Information nicht, tun dies andere – deren Verlässlichkeit nicht gewährleistet ist. Ein Vorteil der Social Media ist, dass sie grundsätzlich für alle jederzeit zugänglich sind. Gibt es wichtige Neuigkeiten, können diese auf direktem Weg der breiten Bevölkerung mitgeteilt werden, ohne auf die nächste Pressekonferenz oder das Zeitfenster im TV/Radio warten zu müssen. Mobiltelefone sind zudem weit verbreitet: Gemäss einer repräsentativen Umfrage von comparis.ch Anfang 2012 verfügen bereits über 48 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer über ein Smartphone mit Internetzugang. Diese Zahl dürfte weiter ansteigen, da gemäss Bundesamt für Statistik BFS 120 Mobiltelefone auf 100 Einwohner kommen.

Die Wirkung von Social Media reicht zudem weit über diese Mobile-Nutzenden hinaus. Relevante Informationen verbreiten sich dank Multiplikatoren in rasantem Tempo. Das Motto «sharing is caring» – wer sein Wissen teilt, hilft anderen – beschränkt sich nicht nur auf die Online-Welt. Wichtige Informationen werden auch offline weitererzählt und geteilt.

Empfehlung für eine Präsenz in den Social Media

Katastrophen sind oft nicht oder nur kurz vorher absehbar. Daher gilt für den Einsatz von Social Media, dass bereits frühzeitig die entsprechenden Grundlagen und Voraussetzungen geschaffen werden. Die Instrumente müssen eingerichtet und die zuständigen Personen geschult sein.

Es gibt zwar mehrere Beispiele, bei denen erst nach dem Beginn der Katastrophe Social Media als Kommunikationskanäle aufgebaut und genutzt wurden – meist wurde die Bevölkerung mit Erfolg innert kürzester Zeit erreicht –, es empfiehlt sich jedoch, bereits im Voraus eine Präsenz zu errichten, um sich zu positionieren und Bekanntheit zu erlangen. Am besten packen Behörden dies umfassend mit einer integrierten Social-Media-Strategie an.

Zuerst sollten sich Behörden gemäss Martin Anderson folgender drei Punkte bewusst sein:

- Die Bevölkerung vor Ort kennt die Umgebung und hat oft einen besseren Überblick als Rettungsmannschaften. Sie kann daher wichtige Informationen liefern.
- Behörden haben Informationen, welche die Bevölkerung möchte. Behörden sollten hinhören, was die Bevölkerung wissen möchte, und nicht entscheiden, was sie wissen muss und was nicht.
- Die Bevölkerung ist eine Ressource und keine Belastung. Behörden sollten eine aktive Bevölkerung schätzen und einbeziehen.

Die ersten beiden Punkte verdeutlichen, wie wichtig das Monitoring, das stete Beobachten, ist. Idealerweise übernehmen Personen diese Aufgabe, die einerseits in den Social Media zuhause und andererseits im Umgang mit Katastrophen erfahren sind. So kann sichergestellt werden, dass Gefahren richtig eingeschätzt und die Relevanz von Nachrichten korrekt interpretiert werden.
Der Einsatz von Social Media ist nicht nur zur Information und Kommunikation während einer Katastrophe sinnvoll. Im Alltag oder im Vorfeld eines Ereignisses können sie in der Prävention oder für Warnungen genutzt werden, danach etwa, um Hilfe zu koordinieren. Social Media sollten nicht nur als Informationskanal benutzt werden, sondern als Dialogmedium zur Kommunikation mit der Bevölkerung: Lesen und hören, was die Bürgerinnen und Bürger für Ängste haben, worüber sie informiert werden wollen, kann Voraussetzung für gezieltes Handeln sein. Die Behörden sollten die Social Media ebenfalls als Informationsquelle nutzen.

Erfahrungen weltweit

Erfahrungen mit Social Media im Bereich des Bevölkerungsschutzes gibt es weltweit: Nach dem verheerenden Erdbeben in Haiti im Januar 2010 entwickelte Google in nur 72 Stunden «Google Person Finder». Auf dieser Plattform konnte jeder nach seinen vermissten Angehörigen suchen oder eintragen, wenn jemand gefunden wurde. Die Plattform wurde weiterentwickelt und war 2011 auch bei der Nuklearkatastrophe in Fukushima im Einsatz.
Eine ebenfalls bereits weit verbreitete Plattform ist Crowdmap, dank der die Behörden zusammen mit der Bevölkerung eine Karte mit wichtigen Informationen anlegen können. Für den Gaza-Konflikt sind beispielsweise die gefährlichen Stellen auf einer Karte markiert. Und im Winter 2010 wurde Crowdmap nach dem Schneesturm in Washington benutzt, um darzustellen, wo Hilfe bei Aufräumarbeiten benötigt wurde.
Während des Hurrikans Irene 2011 an der US-Ostküste gab es ebenfalls entsprechendes Kartenmaterial von der Stadtverwaltung. Zudem informierte diese aktiv auf Twitter und Facebook. Die Menge an Nachrichten mit



Während des Hurrikans Irene 2011 an der US-Ostküste informierte New Yorks Bürgermeister Mike Bloomberg auch auf Twitter.

dem Twitter-Hashtag #irene war gewaltig. Gemäss einer Auswertung war der Hurrikan 2011 auf Rang 3 der meistdiskutierten Themen in den Social Media. Auch das «National Hurricane Center» konnte auf Facebook mit 6,4 Millionen Besuchen in einer Woche einen Rekord verzeichnen.
Eine der zurzeit innovativsten Apps für mobile Geräte setzt die Feuerwehr des kalifornischen San Ramon Valley ein. Jeder Nutzer kann ein Profil mit seinen Fähigkeiten hinterlegen, die er im Notfall einsetzen kann. Entspricht bei einem Notruf das Anforderungsprofil den angegebenen Fähigkeiten und hält sich der Nutzer auch in der Nähe auf, erhält er eine Nachricht und kann rasch Hilfe leisten.
Auch wenn die Neuen Medien neue Technologien mit sich bringen, es sind die Leute dahinter, die Social Media zu dem machen, was sie sind. Seien es die Freiwilligen, die innert kürzester Zeit eine neue Plattform aufsetzen, andere, die ihre Hilfe anbieten, oder einfach nur Leute, die sich in Momenten austauschen wollen, in denen sie den Dialog mit Gleichgesinnten schätzen und informiert werden wollen. People are the key – web 2.0 is only the tool.

Manuel P. Nappo
Leiter der Fachstelle Social Media Management,
HWZ Hochschule für Wirtschaft Zürich

Weiterführende Literatur
Fend, Thalmann-Hereth, Süss, Schulmeister: Generationsgestalten und ihre Leitmedien, in: Süss, Daniel: Digital Natives: Gemeinsames und Variationen, Referat, 28.06.2011
Weber, Konrad: Verifikation von Inhalten in Social Media, http://konradweber.ch/angebot/news-verifikation/

Informationsführung nach der Explosion in Pratteln BL

In vorbereiteten Strukturen

Am 14. April 2012, einem Samstagnachmittag um halb drei Uhr, zerstörte eine starke Explosion in einem Mehrfamilienhaus in Pratteln BL mehrere Wohnungen. Acht Personen mussten hospitalisiert werden und weitere 34 Personen wurden obdachlos. Die Informationsorgane der Kantonalen Krisenorganisation Basel-Landschaft hatten ein grosses Medieninteresse zu bewältigen.

Auf dem Schadenplatz erwartete die Eintreffenden ein infernales Bild: Ein halb eingestürztes mehrstöckiges Wohnhaus und Trümmerteile, so weit das Auge reichte. Eine Vielzahl Rettungskräfte und ein rotes Zelt – gleich beim Hauptzugang zum Schadenplatz postiert – vervollständigten bald das Bild. Die Ortungs-, Rettungs- und Sicherungsarbeiten dauerten bis Mitternacht. Über 300 kantonale und kommunale Führungs- und Einsatzkräfte standen im Einsatz.
Die Informationsorgane der Kantonalen Krisenorganisation Basel-Landschaft nahmen 45 Minuten nach Alarmierung ihre Tätigkeiten vor Ort auf. Die zahlreichen Journalisten wurden vom Fachdienst Information des Kantonalen Krisenstabes Basel-Landschaft und vom Informationsunterstützungszug der Kantonalen Zivilschutzkompanie betreut. Der Fachdienst und der Unterstützungszug, deren Mitglieder ihre Aufgabe im Milizrahmen wahrnehmen, waren in minimaler Besetzung sofort verfügbar. Damit konnte die Informationsführung ablaufen, wie für solche Fälle vorbereitet und in verschiedenen Übungen trainiert.

Informationsführung bei Grossereignissen und Katastrophen

Bei Alltagsereignissen sorgt der Kommunikationsdienst der Kantonspolizei vor Ort für die mündliche Information der Medienschaffenden sowie über die Einsatzleitzentrale für die Verbreitung von Medienmitteilungen. Zur weiteren Information, auch mit Bildmaterial, wird für Medienschaffende wie Bevölkerung die Website der Kantonspolizei aktualisiert.
Etwas anders läuft die Information bei der Bewältigung von Grossereignissen und Katastrophen, wenn die Kantonale Krisenorganisation alarmiert wird, die sich aus Führungs-, Führungsunterstützungs- und Einsatzorganisationen zusammensetzt. Zu den Führungsorganisationen gehört der Kantonale Krisenstab (KP Rück), der über einen Fachstab Information verfügt. Dieser Fachstab setzt sich aus den Kommunikationsverantwortlichen der Direktionen, der Landeskanzlei und der Staatsanwaltschaft zusammen und beschafft Informationen, bereitet sie auf, verfasst Medienmitteilungen, führt Medienkonferenzen durch und unterhält die Website des Kantonalen Krisenstabes.
Am Ereignisort wird die Führungsorganisation Kantonales Schadenplatzkommando (KP Front) eingesetzt. Zur Information vor Ort stehen der Kommunikationsdienst der Kantonspolizei sowie Mitglieder des Fachstabes Information bereit. Die sogenannte «Kontaktstelle Medien» befindet sich ausserhalb des inneren Absperr-Rings und bietet den Medienschaffenden Kurzinformationen über das Geschehene, über die Einsatzkräfte und über die nächste Medienkonferenz. Zu den Aufgaben der Medienkontaktstelle gehören zudem geführte Rundgänge für Foto- und Filmaufnahmen.
Der Fachstab Information und die Medien-Kontaktstelle werden durch den Informationsunterstützungszug der Kantonalen Zivilschutzkompanie unterstützt. Die Zivilschutzangehörigen sind entsprechend ausgebildet und ausgerüstet. Die Kantonale Krisenorganisation verfügt auch über eine eigene Hotline mit einer festen Telefonnummer, sechs permanent eingerichteten Arbeitsplätzen für das mehrsprachige, speziell ausgebildete Personal.
Für eine zeitgerechte und wirkungsvolle Information und Kommunikation stehen der Kantonalen Krisenorganisation somit der Fachstab Information (KP Rück), die Kontaktstelle Medien (KP Front), der Informationsunterstützungszug (KP Rück/KP Front) und die Hotline (KP Rück)



Rapport Schadenplatzkommando mit Teilnahme des Fachdienstes Information.

zur Verfügung. In die Vernetzung und Prozesse eingebunden sind ebenfalls das elektronische Informations- und Einsatzsystem (IES) sowie der Lagedienst des Kantonalen Krisenstabes.

Viele Erfolgsfaktoren …

Diese im Kanton Basel-Landschaft aufgebauten und vorbereiteten Informationsstrukturen haben sich beim Einsatz in Pratteln bewährt. Die alle zwei Jahre unter der Leitung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz BABS durchgeführten Einsatzübungen im Verbund der Führungs-, Führungsunterstützungs- und Einsatzorganisationen haben die Einsatzkompetenz aller Akteure wirksam gefestigt.

Die Informationstätigkeiten wurden mit den Führungstätigkeiten konsequent abgestimmt. Die am Ereignisort anwesenden Medienschaffenden erhielten unmittelbar nach den Rapporten neue Fakten und Informationen zum weiteren Vorgehen. Nicht anwesende Medien wurden umgehend mit Medienmitteilungen bedient.

Angaben, die später korrigiert werden müssen, untergraben die Glaubwürdigkeit der Führungsorganisationen. Der aus diesem Grund standardisierte Prozess, dass Medienmitteilungen durch die Leitung des Kantonalen Krisenstabes oder den Schadenplatzkommandanten freizugeben sind, hat sich bei allem Zeitdruck bewährt. Denn über eine längere Periode waren die effektiven Zahlen der hospitalisierten, verschütteten, vermissten und evakuierten Personen nicht bekannt und konnten somit auch nicht kommuniziert werden.

Die rechtzeitigen Absprachen zwischen den Informationsverantwortlichen der Kantonalen Krisenorganisation, dem Liegenschaftsbesitzer und dem Erdgaslieferanten erlaubten es, gegenüber den Medienschaffenden transparent und einheitlich zu kommunizieren und somit möglichen Spekulationen und Verwirrungen entgegenzuwirken.



Auswirkungen der Explosion auf die Liegenschaft.



Geführter Rundgang der Medienschaffenden über den Schadenplatz.

Die Medienschaffenden konnten die Kompetenz der Kommunikationsverantwortlichen auf dem Schadenplatz feststellen. Während der Einsatzzeit wurden fünf Medienmitteilungen herausgegeben sowie drei Schadenplatzbegehungen und eine Medienkonferenz durchgeführt. Die regelmässige, jeweils auf einen bestimmten Zeitpunkt angekündigte Information, die permanente Sicht auf den Schadenplatz, die geführten Rundgänge für Foto- und Filmaufnahmen sowie das angebotene Bildmaterial und Expertenwissen erfüllten die Bedürfnisse der Medienschaffenden. Die Journalisten, Fotografen oder Kameraleute versuchten deshalb auch nicht, sich unbefugt Zutritt zum Schadenplatz zu verschaffen, sondern warteten die angekündigten Informationen im roten Zelt ab. Und die Online-Medien veröffentlichten auch kaum Leserfotos.

… und Verbesserungspotenzial festgestellt

Mit den Akteuren der Gemeinde, der Kantonspolizei und Staatsanwaltschaft wurde schliesslich vereinbart, dass alle Medienanfragen zu Belangen der Gemeinde – zum Beispiel zur Betreuung der Obdachlosen – auch von der Gemeinde übernommen wurden, dass demgegenüber alle Fragen zu den hospitalisierten Personen, der Ereignisbewältigung und zur Unfallursache von der Kantonspolizei respektive der Untersuchungsbehörde zu beantworten waren. Damit wurde die Informationsführung durch die Kantonale Krisenorganisation aufgehoben – zu früh, wie sich zeigten sollte!

Die Informationsbedürfnisse der Medienschaffenden über die Ursache der Explosion und die Schicksale von einzelnen Betroffenen erstreckten sich über eine längere Zeit. Da keine koordinierende, zentrale Kontakt- und Auskunftsstelle mehr vorhanden war, informierten einzelne Akteure, teilweise ohne sich vorher mit anderen beteiligten Stellen abzustimmen. Daraus ergaben sich mit Fehlern behaftete Aussagen.

Die Auswertung des Medienspiegels bestätigte die Erfolgsfaktoren genauso wie die Schwachstelle. Die Lehre daraus lautet: Die Informationsführung muss Tage bis Wochen nach dem Ereignis durch die gleiche Stelle sichergestellt werden.

Marcus Müller
Leiter Amt für Militär und Bevölkerungsschutz, Basel-Landschaft
Doris Walther
Leiterin Fachdienst Information, Kantonaler Krisenstab, Basel-Landschaft

Bevölkerungsschutzkonferenz 2012 in Solothurn

Neue Herausforderungen für die Kommunikation

Hauptthema der diesjährigen Bevölkerungsschutzkonferenz war die Information und Kommunikation in Katastrophen und Notlagen. Die Konferenz, an der jeweils zahlreiche Führungskräfte und Fachleute aus Politik und Verwaltung teilnehmen, fand am 18. und 19. Oktober in Solothurn statt.

Bei der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen ist die Information der betroffenen Bevölkerung und der gesamten Öffentlichkeit eine Schlüsselaufgabe. Richtige und gut koordinierte Information kann einen wesentlichen Beitrag zur effizienten Ereignisbewältigung und zur Begrenzung von Schäden leisten. Umgekehrt können Fehler und Mängel grosse Belastungen für die ohnehin stark beanspruchten Führungs- und Einsatzorganisationen bedeuten und zusätzliche Schäden verursachen. Für die zuständigen Behörden ist es eine grosse Herausforderung, ihre Informationstätigkeit auf die rasanten Entwicklungen in der Medienlandschaft und bei der Mediennutzung auszurichten.

Neue Medien und mobile Geräte

Fachleute aus der Medienbranche und Kommunikationsspezialisten bei betroffenen Behörden erörterten an der diesjährigen Bevölkerungsschutzkonferenz in diversen Fachreferaten und Podiumsdiskussionen wichtige Aspekte zu diesem Aufgabenbereich. Verschiedene Referenten zeigten anhand von Praxisbeispielen, wie rasch sich die Medienlandschaft durch mobilen Internetzugang und Social Media verändert hat. Neu stehen nicht nur Möglichkeiten zur Verfügung, Benutzer dieser Medien punktgenau zu erreichen; gleichzeitig können die Benutzer auch untereinander Informationen austauschen und weitergeben. Heute verfügen Medien bei einem Ereignis oft schneller über Informationen als die Behörden, weil sie von Augenzeugen über Mobiltelefone mit Neuigkeiten und Bildern versorgt werden.
Für die Behörden stellt sich die Frage, ob die neuen Medien und mobilen Geräte im Katastrophenfall noch funktionieren und welche Ressourcen für die Bewirtschaftung verfügbar sind. Insbesondere die Auswertung von Abertausenden von Botschaften im Internet ist zumindest in der Anfangsphase eines Ereignisses kaum möglich. Die hohe Geschwindigkeit, welche durch diese neuen Kommunikationsformen vorgegeben wird, stellt zudem neue Herausforderungen an die Koordination der Information durch die verschiedenen Behörden. Neben allen Herausforderungen wurde aber auch betont, dass wesentliche Grundregeln der Krisenkommunikation unverändert gelten. Nach wie vor sei es zentral, rasch, offen und ehrlich zu kommunizieren.

Zur Optimierung des Bevölkerungsschutzes

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS ist bestrebt, den Bevölkerungsschutz laufend auf neue Anforderungen auszurichten. Dazu ist eine enge Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Partnern erforderlich. Die jährliche Bevölkerungsschutzkonferenz versammelt zu diesem Zweck jeweils rund 150 hochrangige Verantwortliche und Fachleute aus den zuständigen kantonalen Amtsstellen, grossen Städten, Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes, der Armee und weiteren Institutionen des Bundes sowie aus dem benachbarten Ausland. Die Bevölkerungsschutzkonferenz leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Optimierung des Schutzes der Bevölkerung in Katastrophen und Notlagen.



Der offizielle Teil der Veranstaltung beinhaltete eine Podiumsdiskussion zum Thema «Kommunizieren die Behörden bedürfnisgerecht?» Im Bild (v.l.n.r.): B. Weibel, ehemaliger Konzernchef SBB und Delegierter für die EURO 08, P. Buri, Sprecher des Regierungsrates des Kantons Aargau, sowie Moderator R. Brennwald.



Rund 150 hochrangige Verantwortliche und Fachleute nahmen an der Bevölkerungsschutzkonferenz in Solothurn teil.

Übung SEISMO 12

Erste Erfahrungen mit dem Bundesstab ABCN

In der Übung SEISMO 12 im Mai 2012 wurde der im Aufbau befindliche Bundesstab ABCN erstmals beübt. SEISMO 12 gab wichtige Hinweise für die nächsten Entwicklungsschritte.

Während der Übung SEISMO 12 tagte der Bundesstab täglich. Jeder Rapport wurde mit einem Lagevortrag eröffnet, der eine grobe Übersicht über die Gesamtlage sowie besonders dringliche Probleme aus den Fachlagen umfasste. Ergänzt wurde er mit einer Übersicht über die Ressourcenlage sowie einer Übersicht zur informationsrelevanten Lage.
Der Vortrag stützte sich auf neu eingeführte Prozesse im Lagewesen. Dabei wird die Gesamtlage durch die Nationale Alarmzentrale NAZ aus den Informationen aller Partner im Bevölkerungsschutz zusammengetragen. Sie wird ergänzt durch die in standardisierter Form dargestellten Lagen in den Fachbereichen A, B, C, N (Naturgefahren), Verkehr, Sanität etc., die von den verantwortlichen Bundesstellen oder Fachgremien erarbeitet werden. Das daraus entstehende, umfassende gemeinsame Lagebild ist die entscheidende Voraussetzung, um zielführende und koordinierte Massnahmen ergreifen zu können.

Beschleunigte Ämterkonsultation

Auf der Basis des gemeinsamen Lagebildes präsentierten die Mitglieder mögliche Handlungsoptionen zur Bewältigung der anstehenden Probleme. Der Austausch stellte sicher, dass die verabschiedeten Massnahmen koordiniert angeordnet und umgesetzt werden konnten.
Wo die im Bundesstab vertretenen Stellen nicht über entsprechende Kompetenzen verfügen, sind gesetzliche Anpassungen und Beschlüsse des Bundesrates erforderlich. Hierbei funktionierte der Bundesstab als eine beschleunigte Ämterkonsultation, indem Vorbehalte betroffener Stellen erkannt und ausgeräumt werden konnten. Innerhalb der Übung SEISMO 12 wurden simulierte Beschlussdispositive für den Bundesrat zu Themen wie Freigabe von Pflichtlagern, Lockerung von Bestimmungen des Arbeitsgesetzes oder Föderalisierung des Zivilschutzes vorbereitet.
Parallel dazu befasste sich der Bundesstab auch mit der mittelfristigen Lageentwicklung. Verschiedene sich abzeichnende Problematiken in den Bereichen Versorgung, wirtschaftliche Folgen und Wiederaufbau wurden bereits erkannt und andiskutiert. Der Bundesstab fungiert diesbezüglich als Beratungsorgan des Bundesrates für die Ereignisbewältigung.
Am Führungsstandort des Bundesstabes wird die Sitzungsvorbereitung, die Geschäftskontrolle, aber auch die Kommunikation und Führungsunterstützung durch ein neues «Kernelement Bern» erledigt. Dieses bestand für die Übung SEISMO 12 aus Personal aller Geschäftsbereiche des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz BABS und wurde mit Unterstützung der NAZ ausgebildet und geführt.

Erste Erkenntnisse

Die Übung SEISMO 12 brachte Erkenntnisse für den Prozessablauf im Bundesstab ABCN. Als wichtigste Erkenntnis zeigte sich, dass die Präsenz der Entscheidungsträger diverser Institutionen und der betroffenen Kantone sich bewährt. Sie beschleunigt die Entscheidungsfindung und Absprache massiv. Situativ sollten allerdings weitere Stellen in den Bundesstab Einsitz nehmen. Bereits während der Übung wurden der Stab und der Ausschuss ad hoc erweitert.

Der Bundesstab ABCN

Bei einem Ereignis von nationaler Tragweite kommt der Bundesstab ABCN zum Einsatz. Dieser beurteilt die Gesamtlage und mögliche Entwicklungen. Er steuert die Massnahmen des Bundes bei der Bewältigung von Ereignissen mit erhöhter Radioaktivität sowie bei biologischen, chemischen und Naturereignissen (ABCN-Ereignissen). Er sorgt dafür, dass die Massnahmen der verschiedenen Bundesstellen und der Kantone aufeinander abgestimmt sind und bereitet, wenn notwendig, Anträge an den Bundesrat vor.
Der Stab ist modular zusammengesetzt und umfasst jeweils die Direktoren und Verantwortlichen der bei einem Ereignis involvierten Bundesstellen und der Kantone.
Ein Ausschuss – bestehend aus den Direktoren der Bundesämter für Bevölkerungsschutz, Gesundheit, Veterinärwesen, Energie und Umwelt und dem Chef des Führungsstabes der Armee sowie dem Bundesratssprecher und einem Vertreter der Konferenz der Kantone – bereitet die Geschäfte des Bundesstabes vor. Im Ereignisfall entscheidet er über die konkrete Zusammensetzung und den Vorsitz.
In der Einsatzvorsorge koordiniert der Bundesstab ABCN die Erarbeitung von Einsatzgrundlagen und Ausbildungen zur Bewältigung von ABCN-Ereignissen.
Die Nationale Alarmzentrale NAZ als Kernelement des Bundesstabes ist im Ereignisfall für eine rasche Information und ein Aufgebot des Bundesstabes verantwortlich. Sie sorgt für eine kontinuierliche Information des Bundesstabes über die Gesamtlage und die Lage in den verschiedenen Bereichen (so genannte Fachlagen), die von verschiedenen Bundesstellen und Fachgremien erarbeitet werden.

Führung	Lage	Fachlage A	Fachlage B	Fachlage C	Fachlage N	Fachlage En	Fachlage IKT	Fachlage Vrk	Fachlage San	Teillage Sich	Teillage Ress.	Teillage Info	Teillage Massn
Auftrag	Karte	Was	Was	Was	Was	Was	Was	Was	Was	Was	Was	Was	Was
Organisation	Gefahr Infrastr	Auswirkungen	Auswirkungen	Auswirkungen	Auswirkungen	Auswirkungen	Auswirkungen	Auswirkungen	Auswirkungen	Auswirkungen	Auswirkungen	Auswirkungen	Auswirkungen
Zeit (zurück)	Aktivitäten	Beurteilung	Beurteilung	Beurteilung	Beurteilung	Beurteilung	Beurteilung	Beurteilung	Beurteilung	Beurteilung	Beurteilung	Beurteilung	Beurteilung
Zeit (bevor)	Beurteilung	Konsequenzen	Konsequenzen	Konsequenzen	Konsequenzen	Konsequenzen	Konsequenzen	Konsequenzen	Konsequenzen	Konsequenzen	Konsequenzen	Konsequenzen	Konsequenzen

Die Lagewand des Bundesstabes präsentierte regelmässig aktualisierte Übersichts- und Fachlagen. Jede Teillage besteht aus einer Situierung, einer Darstellung der Auswirkungen, einer Beurteilung und der (möglichen) Konsequenzen. Neben den ABCN-Fachlagen werden die Lage Energie (En), Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), Verkehr (Vrk) und Sanität (San) abgebildet. Hinzu kommen die sicherheitsrelevante Lage und die Teillagen Ressourcen, Information / Medien und Massnahmen.

Die komplexen Informationsflüsse zwischen kantonalen Führungs- und Fachorganen mit diversen Stellen des Bundes bleiben eine Herausforderung. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Fachstellen zur Erstellung eines gemeinsamen Lagebildes muss intensiviert werden.
Die Erarbeitung einer groben Startstrategie in der Vorsorge hat sich als unabdingbar erwiesen, um bestimmte Sofortmassnahmen zeitgerecht ergreifen zu können. Unmittelbar nach dem Ereignis ist die Zeit für Absprachen und Koordination begrenzt.
Auch wenn die Mitglieder des Bundesstabes in erster Linie mit den Krisenstäben und Führungszellen ihrer eigenen Institutionen arbeiten, braucht es für die Koordination, die Sitzungsvorbereitung und das Controlling einen permanenten, ausgebildeten Mitarbeiterstab.
Wichtige Erfahrungen konnten im Bereich Ressourcenmanagement des Bundes gewonnen werden. Der Bundesstab koordiniert zugunsten der Kantone den Einsatz zusätzlich benötigter Mittel. Mit dem Prototyp eines «Operation and Coordination Center» konnten die Abläufe erstmals trainiert werden. Die Weiterentwicklung dieser Prozesse gehört zu den Prioritäten des Bundesstabes bis zur Sicherheitsverbundsübung 2014.
Schliesslich muss der Aufbau des Stabes fortgesetzt und es muss weiterhin regelmässig geübt werden. In einem Echtereignis kann der Bundesstab seine Aufgabe nur erfüllen, wenn die «Eingewöhnungsphase» in eine von Stabsarbeit und Führungsrhythmus geprägte Organisation für alle Beteiligten möglichst kurz ausfällt.

Alain Vuitel
ehem. Chef der Nationalen Alarmzentrale NAZ (2009–2012) und erster Stabschef des Bundesstabes ABCN

Dieser Artikel ist die Kurzfassung eines Artikels, der in der «ASMZ» erschienen ist. Alain Vuitel arbeitet heute als Delegierter des Chefs der Armee für die Weiterentwicklung der Armee.

Gesundheitsschutz

Asbestsicher aufräumen

Bei Abbruch- und Aufräumarbeiten stossen Organisationen des Bevölkerungsschutzes auf unterschiedlichste Baumaterialien. Einige davon können gesundheitsgefährdende Asbestfasern enthalten. Wichtig sind deshalb das frühzeitige Erkennen und der richtige Umgang mit diesen Materialien.

Asbest ist nicht brennbar, isoliert (Temperatur, Feuer, Schall, Elektrizität) und ist resistent gegen aggressive Chemikalien – eigentlich ein idealer Baustoff. In der Schweiz wurden zwischen 1930 und 1980 denn auch verschiedene Baumaterialien und Gegenstände verwendet, die Asbestfasern enthalten. Gelangen Asbestfasern aber in die Lunge, können sie schwere Erkrankungen wie Asbestose (Staublunge), Brust- bzw. Bauchfellentzündung oder Lungenkrebs auslösen. Deshalb wurde die Verwendung von Asbest 1990 verboten.

Kaum von Auge erkennbar

Heute besteht vor allem bei Abbruch- und Umbauarbeiten in älteren Gebäuden die Gefahr, dass Asbestfasern in die Luft geraten. Arbeiten wie Zerschlagen, Sägen, Fräsen, Schleifen, Bohren asbesthaltiger Materialien können Asbestfasern in gesundheitsgefährdenden Mengen freisetzen. Selbst Luftbewegungen oder Erschütterungen können aus Spritzasbest, Löschdecken und leichten Faserplatten usw. grosse Mengen an gesundheitsschädlichen Fasern freisetzen. Leider lässt sich kaum von blossem Auge erkennen, ob ein Material Asbest enthält.



Bei der Probeentnahme soll bei weichem oder sprödem Material die Staubbildung durch Befeuchten mit Wasser verhindert werden.

Vorsicht geboten ist generell bei Materialien mit einer faserigen Struktur. Asbestverdächtig sind Isolationen von Boilern, Öfen und Warmwasserrohren sowie Wärmedämm-, Feuerschutz- und Schallschutzschichten oder -platten für Wände, Decken oder Stahlkonstruktionen. Auch Verstärkungen in Bodenbelägen, Faserzementprodukte (Eternit) wie Wasserrohre und Kanäle sowie Platten auf Dächern und an Hauswänden, Auskleidungen von Elektroschränken und Dichtungen aller Art können Asbest enthalten.

Bauherrschaft ist gefordert

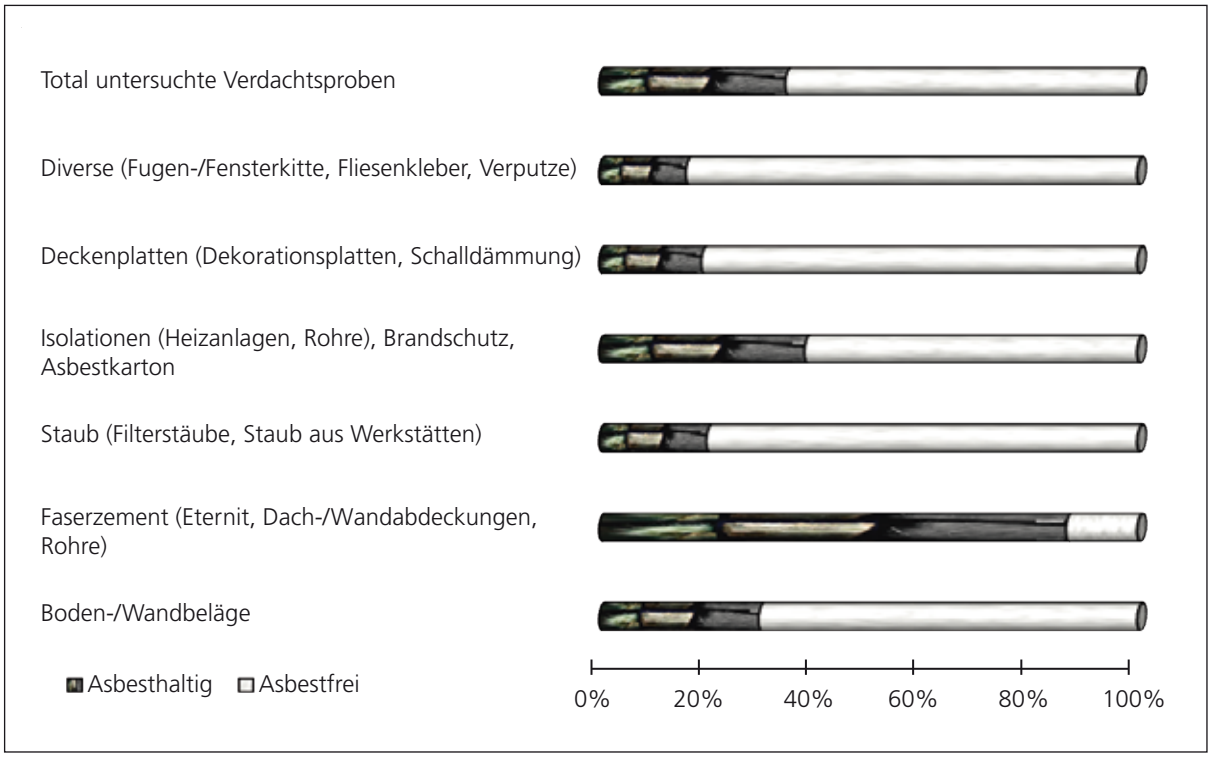
Die Bauarbeitenverordnung verpflichtet Bauherrschaften und ausführende Firmen dazu, vor Baubeginn abzuklären, ob Schadstoffe, insbesondere Asbest, in den Baumaterialien vorhanden sind. Weiter müssen sie alle Mitarbeitenden über die Asbestproblematik informieren. Bei Abbruch- und Aufräumarbeiten muss mit asbesthaltigen Materialien zwingend gemäss den verschiedenen SUVA-Vorschriften umgegangen werden. Vor Aufnahme der Arbeiten ist deshalb mit Unterstützung von Spezialisten die Gefährdung zu ermitteln. Danach sind die entsprechenden Massnahmen zu planen. Diese können sich in ihrem Umfang je nach Tätigkeit und Material stark voneinander unterscheiden. Abklärungen bedeuten natürlich einen Mehraufwand. Dieser kann allerdings in Grenzen gehalten werden. In der Regel muss bei Materialien, die nach dem Asbestverbot von 1990 verwendet wurden, nicht mit Asbestfasern gerechnet werden, und es kann auf eine Probeentnahme verzichtet werden. Vor 1990 verwendete Materialien können jedoch Asbest enthalten (siehe Abb. rechts).
In der Abteilung Umweltsicherheit des Kantonalen Laboratoriums Bern wurden in den letzten drei Jahren 1137 Proben aus der ganzen Schweiz auf ihren Asbestgehalt hin untersucht und beurteilt. Das Laboratorium ist akkreditierte Asbest-Fachstelle des Kantons Bern. Insgesamt 394 Proben, also 35 Prozent, enthielten gesundheitsgefährdende Asbestfasern.

Bevölkerungsschutz betroffen

In letzter Zeit haben mehrfach auch Zivilschutzorganisationen Proben ins Kantonale Laboratorium Bern gesandt. Insbesondere bei Abbrucharbeiten im Rahmen von Übungen und bei Aufräumarbeiten nach einer Katastrophe können Zivilschutzformationen mit der Asbestproblematik konfrontiert werden. Vor einem Einsatz sollte deshalb sichergestellt werden, dass die Bauherrschaft die nötigen Abklärungen getroffen hat. Sind, wie etwa beim Retten und Bergen, keine Untersuchungen möglich, soll grundsätzlich Staub vermieden und niemand Staub ausgesetzt werden. Bei Arbeiten mit unvermeidlicher Staubentwicklung sind Einsatzkräfte und wenn möglich auch Opfer mit Hilfe von Staubmasken zu schützen. Bei den Feuerwehren ist der Atemschutz in solchen Fällen bereits Standard.

Markus Flisch
Leiter Abteilung Umweltsicherheit,
Kantonales Laboratorium Bern (KLB)
Albert Ammann / Hans-Rudolf Schwab
Sicherheitsingenieure Abteilung Umweltsicherheit, KLB

Weitere Informationen: Eine Hilfe bietet die SUVA-Broschüre «Asbest erkennen – richtig handeln» unter der Rubrik «Ermittlungspflicht vor Beginn von Bauarbeiten», www.suva.ch/asbest



Anteil asbesthaltiger Proben der im Kantonalen Laboratorium Bern in den letzten drei Jahren untersuchten Proben (Lesebeispiel: 90 Prozent der untersuchten Faserzementprodukte enthielten Asbest).



Erhebungsrapport und zwei in Minigripbeutel verpackte Proben mit Probenbezeichnung und Angabe zum Probeentnahmeort.

Entnahme von Materialproben

Bereits bei der Entnahme von Materialproben ist zu berücksichtigen, dass wegen der mechanischen Belastung lungengängige Asbestfasern freigesetzt werden können. Folgendes Vorgehen ist angezeigt:

- Bei der Probeentnahme ist eine Staubschutzmaske (Typ P3) gegen Feinstaub zu tragen und bei weichem oder sprödem Material zusätzlich die Staubbildung durch Befeuchten mit Wasser zu verhindern (Abb. S. 22);
- bei geschichteten Belägen ist mit einem Karton- oder Teppichmesser eine Fläche von etwa 5 x 5 cm so tief herauszuschneiden, dass sämtliche sichtbaren Schichten mit erfasst werden;
- jede Probe ist sofort nach der Entnahme einzeln in einen dicht verschliessbaren Plastiksack (Minigrip- oder Gefrierbeutel, siehe Abb. links) zu verpacken, körniges Material gleich doppelt, und jede Probe ist mit einer Bezeichnung und einer Angabe zum Entnahmeort zu versehen;
- Fragen sind an ein spezialisiertes Labor zu richten.

POLYALERT

Neues Alarmierungssystem auf «Tour de Suisse»

Da das bisherige System zur Alarmierung der Bevölkerung (Infranet) aufgehoben wird, hat das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS das Projekt POLYALERT lanciert. Bis Ende 2013 werden alle Wasseralarmsirenen und bis Ende 2015 alle Sirenen des Allgemeinen Alarms, die bisher an Infranet angeschlossen waren, migriert sein. Die Migration läuft zurzeit auf Hochtouren.

POLYALERT ermöglicht die gezielte, ferngesteuerte Auslösung von Sirenen und basiert auf hochsicheren Netzen von Bund und Kantonen, insbesondere auf POLYCOM, dem Sicherheitsfunknetz der Schweiz.
Wo POLYCOM nicht vorhanden ist, können die Sirenen auch über den internationalen Mobilfunkstandard GSM ausgelöst werden. Ein weiteres Netz, das die Verfügbarkeit erhöht, ist UKW RDS. Für die Vernetzung der Systemkomponenten wird auch das Einsatznetz der Armee eingesetzt. Eine Stärke von POLYALERT liegt darin, dass auch beim Ausfall von einzelnen Systemkomponenten die Alarmierung sichergestellt bleibt. Selbst wenn die beiden Rechenzentren ausfallen, in denen sich die zentrale Systemlogik und -steuerung befindet, kann jeder Kanton weiterhin all seine an POLYCOM angeschlossenen Sirenen auslösen.



Ein Spezialist überprüft, ob alles richtig angeschlossen ist.

Ein Kanton nach dem anderen

Nach der Konzeptions-, Entwicklungs- und Testphase befindet sich POLYALERT nun in der Migrationsphase, in der nacheinander alle Kantone auf das neue System umgestellt werden. Für grosse Kantone mit vielen Sirenen sind mehrere Migrationsprojekte geplant, und in einigen Kantonen werden zuerst nur die Wasseralarmsirenen migriert. Bereits abgeschlossen wurde Ende August die Migration im Pilotkanton Glarus. Zurzeit sind jene in den Kantonen Wallis und Bern im Gang und bis Ende Jahr werden auch die Wasseralarmsirenen in den Kantonen Freiburg, Genf, Neuenburg und Jura umgerüstet sein.
Ein Migrationsprojekt dauert einige Monate, da vor der eigentlichen Migration diverse Vorbereitungen nötig sind. Während dieser Zeit finden zwischen Kanton, BABS und Lieferant verschiedene Treffen und Workshops statt, um genauer über das Projekt zu informieren und um die Migration zu planen.

Standortanalyse, Installation und Migration

Im Idealfall kann das Migrationsteam das alte Fernsteuerungsgerät entfernen und das neue an derselben Stelle montieren. Die Infranetgeräte befinden sich jedoch oft in Kellern, in denen die Funkabdeckung für POLYCOM, UKW RDS und/oder GSM teilweise schwach oder gar nicht vorhanden ist. Um für jede Sirene den optimalen Standort zu finden, überprüft der Lieferant während der Standortanalyse jeden Sirenenstandort. Spezialisten messen die Funkstärke der Netze und entscheiden, wo das neue Gerät montiert werden soll. In einigen Fällen verbessert sich der Empfang mit einer zusätzlichen Antenne oder mit dem Versetzen des Sirenensteuerungskastens, manchmal muss jedoch ein neuer Standort gesucht werden.
Die verschiedenen Netze, die POLYCOM-Schnittstelle und die Auslösestellen installiert der Lieferant vor der eigentlichen Migration. Während der Migration demontieren die Installateure an jedem Sirenenstandort das Infranet-Fernsteuerungsgerät und montieren dasjenige von POLYALERT am zuvor bestimmten Ort. Danach führen sie verschiedene Systemtests durch. Parallel zur Migration erfolgt die Abschaltung des Infranets. Die Abnahme, die durch das BABS, den Kanton und den Lieferanten erfolgt, schliesst das Migrationsprojekt ab.

Glarus als idealer Pilotkanton

Dank der überschaubaren Anzahl von 35 Sirenen und der aus BABS-Sicht stets hervorragenden Zusammenarbeit mit den kantonalen Behörden erwies sich Glarus als idealer Pilotkanton. «Als Pilot muss man natürlich mit einem gewissen Mehraufwand rechnen, da alles neu ist», sagt der Glarner Projektleiter Roger Berthold. Daraus ergab sich seiner Meinung nach aber der Vorteil, dass die Vertreter des Kantons mehr Einfluss nehmen konnten. Vorgebrachte Einwände seien denn tatsächlich auch ernst genommen worden und ins Projekt eingeflossen.
Die Aufgaben des Projektleiters sind sehr vielfältig. Neben dem Überprüfen der Standortdaten sind besonders die interne Koordination (Kantonspolizei, Kraftwerke, Gemeinden usw.) und die Zusammenarbeit mit den Lieferanten sehr wichtig. Roger Berthold bezeichnet die Zusammenarbeit sowohl mit dem BABS als auch mit den Lieferanten als sehr gut und konstruktiv. «Mit den Instal-



Ein Installateur schliesst ein neues POLYALERT-Fernsteuerungsgerät an. Der Empfang ist an diesem Standort gut genug, so dass keine zusätzlichen Antennen nötig sind.

lateuren gab es zuerst einige Probleme bei Terminvereinbarungen; dies wurde aber korrigiert und auch die Installateure machten ihren Job sehr gut.»
Nicht optimal war zu Beginn die Kommunikation zwischen den verschiedenen Partnern, was Nährboden für Gerüchte bot – besonders in anderen Kantonen. Für Roger Berthold ist es aber normal, dass bei einem Projekt dieser Grösse noch nicht alles von Anfang an bekannt ist und deshalb auch nicht alles klar kommuniziert werden kann. Einige Kantone haben Glarus besucht und nach den Erfahrungen gefragt. Der Rat des Glarner Projektleiters: «Ein wichtiger Tipp, den ich geben kann, ist, über jeden Standort gut Bescheid zu wissen. Je besser die Qualität der Standortdaten, desto geringer der Aufwand.» Vor dem Start der Migration wurden im Kanton Glarus an einigen Tagen rund um die Uhr automatisierte Tests durchgeführt. Mit diesen «Pre-Tests» wurden die Stabilität und die Leistung der Kommunikationsverbindungen zwischen den Komponenten sowie der Netze überprüft. Somit wurde das gesamte System im Feld getestet. Roger Berthold ist wie das BABS von diesem Vorgehen überzeugt. Dank der Tests liessen sich Unklarheiten ausräumen und weitere wichtige Informationen konnten dazugewonnen werden.

Ausbildung in Schwarzenburg

Um für POLYALERT gerüstet zu sein, werden die Verantwortlichen des jeweiligen Kantons und der Betreiber von Stauanlagen einige Wochen vor der Migration im Eidgenössischen Ausbildungszentrum in Schwarzenburg (EAZS) geschult. Den Teilnehmenden wird nicht nur theoretisches Wissen vermittelt. In einem extra für POLYALERT eingerichteten Schulungsraum, in dem die verschiedenen Komponenten (Kommandogerät, Kommandostelle und Fernsteuerungsgerät) installiert sind, können sie ihre Aufgaben und Rollen praktisch üben, so beispielsweise die Auslösung von Sirenen oder auch das Mutieren von Daten.
In den nächsten Monaten wird es mit der Migration Schlag auf Schlag weitergehen. Parallel dazu werden neue Releases entwickelt, um stetig Verbesserungen einführen zu können. Das BABS prüft zudem die rechtlichen und technischen Voraussetzungen für weitere Alarmierungsmöglichkeiten und klärt die Bedürfnisse der Kantone ab.

Alain Fellmann
Projektleiter POLYALERT,
Geschäftsbereich Infrastruktur, BABS

Nationale Alarmzentrale NAZ

Radioaktivitätsmessung über den Dächern von Zürich

Die Nationale Alarmzentrale NAZ führte Ende Juni über der ganzen Stadt Zürich Radioaktivitätsmessungen aus dem Helikopter durch. Dank der nun vorliegenden Karte könnten im Ereignisfall Abweichungen vom Normalzustand festgestellt werden. Erhöhte Werte wurden erwartungsgemäss keine gemessen.

Jeden Sommer führt die NAZ Radioaktivitätsmessflüge durch. Dabei werden einerseits Messdaten erhoben, anderseits die Einsatzfähigkeit des Messteams und der beteiligten Partner trainiert. Höhepunkt der Messkampagne 2012 war die Ausmessung der Stadt Zürich.

Messung der Schweizer Städte

Seit mehreren Jahren verfolgt die NAZ ein Programm, die grösseren Schweizer Städte auszumessen. Die dabei gewonnenen Daten könnten im Ereignisfall oder bei einem Verdachtsfall als Vergleichswerte genutzt werden. In früheren Jahren wurden bereits Messkarten von Genf, Bern, La Chaux-de-Fonds, Davos und weiteren Städten erstellt. 2007 wurde die Grenzregion Basel in einer gemeinsamen Übung mit Teams aus Frankreich und Deutschland ausgemessen. 2012 war nun die grösste Schweizer Stadt an der Reihe.

Die Messflüge wurden umfassend vorbereitet. Früh konnte die Unterstützung des Stadtrats gewonnen werden. Es folgten Konsultationen mit Stadt und Kanton Zürich bezüglich des Lärmschutzes, der Information der Bevölkerung und der Eventualplanungen – für den Fall, dass doch erhöhte Messwerte detektiert würden. Weitere Absprachen waren notwendig mit dem Flughafen Zürich und dem Flugplatz Dübendorf, die beide einen Teil des Luftraums über Zürich überwachen.

Vorabinformation der Bevölkerung

Die Bevölkerung wurde umfassend über die bevorstehenden Flüge informiert. Die NAZ lud die Medien zu einer Informationsveranstaltung nach Zürich und einer Demonstration des Messhelikopters nach Dübendorf ein. Neben zahlreichen Medienschaffenden von nationalen und regionalen Medien fand sogar ein Kamerateam aus Süddeutschland den Weg nach Dübendorf.

Die Messflüge über Zürich fanden an zwei Tagen statt. Über 60-mal, jeweils um 125 Meter versetzt, überflog der Helikopter das Stadtgebiet in rund 90 Meter Höhe. Alles lief nach Plan, erhöhte Werte wurden nicht gemessen. Es gingen auch kaum Lärmklagen ein.

Neben der Messung von Zürich wurden während der Messwoche die alle zwei Jahre stattfindenden Messflüge über den Kernkraftwerken Beznau und Leibstadt, dem Paul Scherrer Institut und dem Zwischenlager Würenlingen ZWILAG durchgeführt. Auch hier waren die Werte normal. Mit weiteren anspruchsvollen Messungen bei Stauseen in den Kantonen Wallis und Glarus und über dem Rangierbahnhof Spreitenbach bewies die Messequipe ihre Einsatzbereitschaft und ihren hohen Ausbildungsstand.

Zusammenarbeit für ein leistungsfähiges Messmittel

Hinter dem Einsatz der Aeroradiometrie, der Messung von Radioaktivität am Boden aus der Luft, steht eine Zusammenarbeit diverser Stellen: Die Entwicklung des Messgerätes und der Software wurde seit Anfang der 1990er-Jahre von Forschern an der Eidgenössischen Technischen Hochschule ETH vorangetrieben. Die Fachleute aus der Wissenschaft sind noch heute in der Fachgruppe Aeroradiometrie FAR organisiert.

Für den Einsatz der Aeroradiometrie ist die NAZ verantwortlich. Von ihr stammen die Messkonzepte, sie ist für den Einsatz im Echtfall sowie die Sicherstellung der Ein-



Harry Hohl ist neuer Chef NAZ

Seit 1. Juli 2012 ist der 53-jährige Harry Hohl Chef des Geschäftsbereichs Nationale Alarmzentrale NAZ im Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS. Er stammt aus Wolfhalden AR und ist aufgewachsen im Kanton Appenzell Ausserrhoden. Zur NAZ, in den Bereich Einsatz, stiess er 2007. Ab Juli 2010 bekleidete er den neu geschaffenen Posten des Stabschefs NAZ und fungierte gleichzeitig als stellvertretender Stabschef des Bundesstabes ABCN.

Der gelernte Chemielaborant bringt aus verschiedenen Chemiefirmen Erfahrungen im Bereich der Radiochemie und des Strahlenschutzes mit. Zudem war er Geschäftsführer einer Tochterfirma eines internationalen Chemiespezialitätenkonzerns und Vorgesetzter von 130 Mitarbeitenden. Er hatte in diesem Unternehmen zuvor Positionen im Verkauf, im Bereich Sicherheit und Umweltschutz, in der globalen Produkteentwicklung und in der Logistik.

In der Schweizer Armee diente Harry Hohl als Milizoffizier, zuerst bei den Sanitäts- und AC-Schutztruppen und später beim Stab BR NAZ. Dort war er bis 2012 stellvertretender Kommandant im Rang eines Oberstleutnants.



Radioaktivitätsmesskarte von Zürich.

Der Messhelikopter über dem Zürcher Grossmünster.

satzbereitschaft zuständig. Die Messequipe an Bord des Helikopters besteht dabei aus Angehörigen der militärischen Verstärkung der NAZ, dem Stab Bundesrat NAZ. Die Milizangehörigen sind verantwortlich für die Flugvorbereitung, die Datenerhebung auf dem Messflug sowie eine erste Interpretation der Resultate. Um im Ereignisfall durchhaltefähig zu sein, stehen zwei vollständige Messteams mit jeweils drei Spezialisten zur Verfügung. Hinzu kommt ein Spezialist zur Aufbereitung und Darstellung der Messresultate.

Das Berufspersonal der NAZ bereitet die jährliche Messwoche und die regelmässigen Übungen mit Partnerorganisationen im In- und Ausland vor und trifft die notwendigen Absprachen. Im Ereignisfall nutzen die Radioaktivitätsspezialistinnen und -spezialisten der NAZ die Resultate der Aeroradiometrie und weiterer Sensoren zur Erstellung einer Übersicht über die radiologische Lage.

Die Piloten und der Super Puma schliesslich stammen von der Luftwaffe. Zum Halten der schnurgeraden Messlinien nutzen sie die Unterstützung des Autopiloten. Die Piloten üben allerdings im Rahmen der jährlichen Messkampagne auch das exakte Abfliegen ohne Autopilot. Im Ereignisfall kann die NAZ einen Helikopter samt Crew bei der Luftwaffe anfordern. Den Einbau des Messgeräts und der Bedienkonsolen können Techniker innert zwei Stunden bewerkstelligen.

Zusammen bilden das Fachexpertenteam, die NAZ als Einsatzleitstelle, das Messteam und die Piloten ein wichtiges und effizientes Einsatzmittel. Innert kurzer Zeit kann die natürliche und künstliche Radioaktivität flächendeckend erfasst werden, und dies auch in unwegsamem oder nicht zugänglichem Gelände. Diese detaillierten Resultate bilden eine wichtige Grundlage, um, wenn nötig, Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung anzuordnen.

Laufende Weiterentwicklung

Die Systeme werden laufend weiterentwickelt. Gestiegene Rechenleistungen eröffnen neue Möglichkeiten zur Dateninterpretation. So wird etwa die Terrainkorrektur stetig optimiert, was zu besseren Messresultaten in gebirgigem Gelände führt. Auch die Einsatzkonzepte werden laufend angepasst. Der Einsatz amerikanischer Aeroradiometriesysteme in Japan nach dem Reaktorunglück im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi hat auch für die NAZ wichtige Erkenntnisse gebracht.

Christian Fuchs
Informationschef Nationale Alarmzentrale NAZ, BABS

Internationale Tagung

Wertvolle Güter in Kriegs- und Friedenszeiten besser schützen

Rund 60 Teilnehmende aus 20 Ländern haben Anfang Oktober in Bern über den Schutz von Kulturgut in bewaffneten Konflikten und bei zivilen Schadenereignissen diskutiert. Anlässlich des 50-Jahr-Jubiläums der Ratifikation des Haager Abkommens von 1954 durch die Schweiz (1962) bot die internationale Konferenz eine Plattform, um gegenseitig Erfahrungen auszutauschen.



Botschafter Jürg Lindenmann begrüsst die Tagungsgäste aus dem In- und Ausland.



Die internationale Kulturgüterschutztagung wurde von rund 60 Gästen aus dem In- und Ausland aufmerksam verfolgt.

Dass Kulturgüter auch heute noch in bewaffneten Konflikten gefährdet sind, haben aktuell die Zerstörungen an den Weltkulturerbe-Stätten in Timbuktu (Mali) oder Aleppo (Syrien) gezeigt. An der internationalen Tagung, die unter dem Patronat der UNESCO durchgeführt wurde, betonten die Teilnehmenden, dass bedeutende Kulturgüter vermehrt unter den sogenannten «verstärkten Schutz» gestellt werden sollen. Zudem seien die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes IKRK und Nichtregierungsorganisationen zu fördern und die strafrechtliche Verfolgung von Tätern, die Kulturgut zerstören, konsequent umzusetzen.

In der Schweiz Gesetzesrevision zentral

Die vom Fachbereich Kulturgüterschutz KGS im Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS organisierte Tagung machte aber auch deutlich, dass in vielen Ländern zivile Schadenereignisse (Feuer, Wasser, Naturkatastrophen) eine mindestens ebenso grosse Gefahr für das Kulturgut darstellen. Deshalb soll in der Schweiz das zurzeit in Revision stehende «Bundesgesetz über den Schutz von Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten von 1966» auf den Geltungsbereich für Katastrophen und Notlagen erweitert werden.

Die Tagung fand am 1./2. Oktober 2012 in Bern statt. Nach der Eröffnung durch Botschafter Jürg Lindenmann und Ständeratspräsident Hans Altherr wurde in einem ersten Tagungsteil das Schweizer KGS-Modell vorgestellt. Die Schutzmassnahmen des Schweizer Kulturgüterschutzes (Mikroverfilmung, Sicherstellungsdokumentation und KGS-Inventar) wurden von den ausländischen Gästen einmal mehr als vorbildlich bezeichnet.

Internationales

Besuch des liechtensteinischen Regierungschefs

Bundesrat Ueli Maurer hat am Freitag, 19. Oktober den Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein, Dr. Klaus Tschütscher, zu einem informellen Arbeitsgespräch empfangen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich. Die Schweiz und Liechtenstein pflegen traditionell eine enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Namentlich beim Bevölkerungsschutz besteht mit dem Abkommen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen von 2005 eine breite gesetzliche Grundlage, die die Rahmenbedingungen der konkreten Kooperation in diesem Bereich definiert. Darüber hinaus bestehen Vereinbarungen für die Teilnahme Liechtensteins an Kommunikationsnetzwerken sowie Ausbildungskursen des BABS.

Neue Strategie

Bundesrat stärkt den Schutz Kritischer Infrastrukturen

Der Bundesrat hat eine nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen verabschiedet und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS sowie die weiteren zuständigen Stellen mit der Umsetzung beauftragt. Kritische Infrastrukturen sind die Lebensadern einer modernen Gesellschaft und müssen entsprechend gut geschützt werden.

Stromversorgung, Schienenverkehr oder Telekommunikation – die Schweiz ist auf das Funktionieren der kritischen Infrastrukturen angewiesen. Grossflächige Ausfälle könnten sich schwerwiegend auf Bevölkerung, Wirtschaft und Staat auswirken. Wie verletzlich moderne Gesellschaften diesbezüglich sind, haben beispielsweise das verheerende Erdbeben vom März 2011 in Japan und die darauf folgenden Ereignisse in Fukushima vor Augen geführt.
Mit der neuen Strategie will der Bundesrat das bestehende hohe Schutzniveau in der Schweiz weiterhin gewährleisten und in wesentlichen Bereichen sogar verstärken. Zu diesem Zweck definiert die Strategie insgesamt 15 Massnahmen. Dazu zählt etwa die Führung eines Inventars der kritischen Infrastrukturen der Schweiz, die Schaffung von Plattformen zur Förderung der Zusammenarbeit oder die Gewährleistung von subsidiärer Unterstützung für die Betreiber von kritischen Infrastrukturen bei der Bewältigung von schwerwiegenden Ereignissen. Weiter wird der Selbstschutz der kritischen Infrastrukturen gestärkt, indem umfassende Schutzkonzepte erarbeitet und umgesetzt werden. Die Schutzkonzepte werden in Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteuren (insbesondere Leitbehörden des Bundes, Kantone und Betreiber) erarbeitet und mit ähnlich gelagerten Arbeiten (unter anderem Strategien betreffend Informationsgesellschaft, Cyber-Risiken oder Erdbebenvorsorge) koordiniert.

ABC-Schutz

Konferenz zum wissenschaftlichen Austausch

Vom 7. bis 9. Mai 2012 organisierte das LABOR SPIEZ die letzte Ausgabe des «Chemical and Biological Medical Treatment Symposium», eine internationale Konferenz, die fast zwei Jahrzehnte dem wissenschaftlichen Austausch im Bereich des ABC-Schutzes diente. Die Organisation des Symposiums erfolgte jeweils in Zusammenarbeit mit einem Partner aus Hawaii. Dieses Jahr trafen sich noch einmal rund 80 Wissenschaftler und Policy-Experten zu einem Wissensaustausch. Ein internationales Panel diskutierte zudem die Lehren und Konsequenzen aus dem «Amerithrax-Fall» in den USA. Dabei wurden Sicherheitsfragen thematisiert, die insbesondere für Entwicklungs- und Forschungsabteilungen von aktueller Bedeutung sind.

Internationales

Zusammenarbeit mit Österreich

Bundesrat Ueli Maurer besuchte am 6. September 2012 die österreichische Bundesministerin für Inneres Johanna Mikl-Leitner in Wien. Im Zentrum der Gespräche standen der Zivildienst und der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz sowie die Wehrpflicht. Unter anderem erläuterte Bundesrat Ueli Maurer an einer Podiumsdiskussion das Modell der Wehrpflicht in der Schweiz.

Bundesministerin für Inneres Johanna Mikl-Leitner und Bundesrat Ueli Maurer hatten sich bereits im Frühling dieses Jahres getroffen und dabei den Anstoss zu einem späteren Arbeitsbesuch in Österreich gegeben. Dies mit dem Ziel, die Zusammenarbeit der für Bevölkerungs- und Zivilschutz verantwortlichen Bundesämter der beiden Länder zu intensivieren.

Zivilschutz des Kantons Jura

Im Grosseinsatz an der Tour de France

Der Einsatz an der Tour de France 2012 ist in der Geschichte des jurassischen Zivilschutzes einzigartig – sowohl in der Dauer als auch in der Komplexität. Die Planung und Vorbereitung dauerte fast ein Jahr. Schliesslich standen 161 jurassische Dienstpflichtige im Einsatz und leisteten 2200 Diensttage.



An der Tour de France 2012 war der Zivilschutz des Kantons Jura nicht nur Zuschauer.

Der Tross der Tour de France machte während der 8. Etappe am 8. Juli 2012 einen Abstecher von 94 Kilometern in die Schweiz. Ankunftsort war die Stadt Pruntrut. Für den Zivilschutz gab es Aufträge in fünf Hauptbereichen: der Aufbau von Sicherheitseinrichtungen für Fahrer und Publikum, der Aufbau der Infrastruktur im Zielraum, die Verpflegung der Einsatzkräfte, die Abfallbewirtschaftung auf der gesamten Strecke sowie die Beteiligung an der Betreuung des Publikums.

147 Aufträge zu erfüllen

Insgesamt 147 Aufträge wurden dem Zivilschutz zugeteilt. Für den besonderen Einsatz bildete der Kanton Jura einen 14-köpfigen Zivilschutz-Führungsstab, bestehend aus Kadern der drei regionalen Zivilschutzorganisationen unter dem Kommando von Hauptmann Fabien Muller. Für die eine Hälfte der Schutzdienstpflichtigen wurde ein Einsatz von zwölf aufeinanderfolgenden Tagen (2.–13. Juli) geplant, die restlichen 80 Zivilschützer verstärkten dieses Aufgebot während acht Tagen.
Ein 60-köpfiges Armeedetachement ergänzte das Dispositiv, um während der Veranstaltung die Logistik sicherzustellen. Von der Planungsphase an arbeiteten die Armee, der Zivilschutz und das lokale Organisationskomitee eng zusammen, um das Personal optimal einzusetzen. Während der Phasen Aufbau und Demontage fanden zudem täglich Führungsrapporte statt.
Bis zu 250 Personen standen im Zielraum gleichzeitig im Einsatz, um mit 220 Tonnen Material die verschiedenen Elemente einzurichten. In fünf Tagen wurden im Zielraum die Tribünen mit 9000 Sitzplätzen und die Zelte von 2200 Quadratmetern Fläche aufgestellt. Die Zelte dienten als Presse- und Empfangsräume für über 1000 Gäste und 500 Journalisten.
Der Zivilschutz übernahm die Verpflegung von Armee und Zivilschutz und servierte dazu 1739 Mahlzeiten. Zu Beginn der Veranstaltung kochte und verteilte er das Mittagessen für alle 1350 Einsatzkräfte (auch für Polizei, Feuerwehr und Sanität, für Ärzte, Samariter und Freiwillige).
Über 1000 Sicherheitsschranken stellte der Zivilschutz auf. Jeder Waldweg und jede Privatstrasse wurde abgesperrt. In Pruntrut wurde die Strecke auf den letzten drei Kilometern mit 2500 Barrieren hermetisch abgeschlossen.

15 Tonnen Abfall geräumt

Der Zivilschutz war ebenfalls mit der Abfallentsorgung beauftragt. Die über 100 000 Zuschauerinnen und Zuschauer benutzten die vorbereiteten Einrichtungen. Trotz eines zusammengetragenen Abfallberges von 15 Tonnen war weniger als zwei Stunden nach der Durchfahrt des letzten Rennfahrers in der Landschaft keine Spur mehr zu entdecken.
«Änderungen, Umstrukturierungen, Suche nach Synergien – wie überall in der Schweiz hat auch der jurassische Zivilschutz sich den neuen Aufgaben und Erwartungen von Bevölkerung und Behörden angepasst», erklärt Damien Scheder, Chef Zivilschutz des Kantons Jura. Der Zivilschutz habe schon bei der Organisation von Slow-up-Veranstaltungen und anderen Radrennen im Einsatz gestanden. «Die Organisation der Tour-de-France-Etappe Belfort-Pruntrut ist aber zweifellos das Highlight.»

Ausbildung im Kanton Bern

Neue gemeinsame Führungsschulung

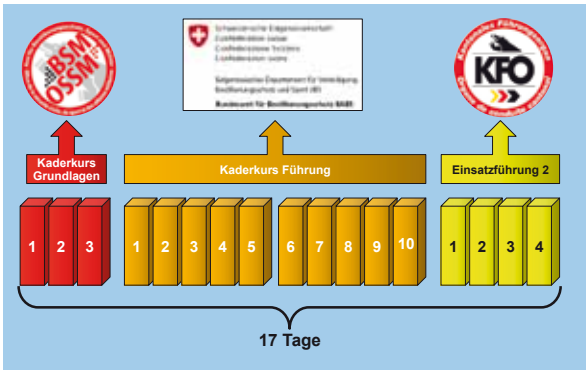
Wir sprechen alle die gleiche Sprache: Unter dieses Motto stellt der Kanton Bern den neuen Kurs Einsatzführung 2 (Efü2), der ab diesem Jahr Bestandteil der Ausbildung von angehenden Kaderangehörigen aller Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes ist.

Irgendwo stürzt ein Kleinflugzeug in ein Bauernhaus. Die verschiedenen Partnerorganisationen sind gefordert: Abspracherapporte, Koordinationsrapporte, Absperrungen, Spurensicherung, Sanitätsdienst, Verpflegung, Betreuung, Unterkunft usw. In mehreren unterschiedlichen Führungsübungen werden die Teilnehmenden auf die gemeinsame Bewältigung von kleinen und grösseren Ereignissen vorbereitet. Nebst einem einheitlichen, für alle Partnerorganisationen identischen Führungsrhythmus verwenden alle Organisationen auch die gleichen Hilfsmittel, sprich Führungsplakate und Signaturen.
In jedem Kurs findet jedoch ein organisationsspezifischer Tag statt. In dieser Ausbildungssequenz werden die Spezialitäten der einzelnen Dienste beleuchtet und geschult. Die Teilnehmenden des Zivilschutzes beispielsweise sind mit der Planung eines Einsatzes bei einem ausserkantonalen Elementarereignis beschäftigt. Von der Problemerfassung gemäss Auftrag des Kantons über den ersten Orientierungsrapport bis zur personellen und materiellen Feinplanung müssen die angehenden Zivilschutzkommandanten ihr Können unter Beweis stellen.

Ausbildung zum Zivilschutzkommandanten

Für den Zivilschutz bildet der Kurs das Abschlussmodul in der Ausbildung zum Kommandanten. Im Kanton Bern muss ein angehender Zivilschutzkommandant zuerst den dreitägigen Kaderkurs Grundlagen im Kanton absolvieren, anschliessend wird ihm im zweimal fünf Tage dauernden Kaderkurs Führung durch Instruktoren des Bundes vertieftes Wissen vermittelt und zum krönenden Abschluss durchläuft er den Efü 2 wieder beim Kanton. Dieser Aufbau der Zivilschutzkommandanten-Ausbildung ist zurzeit für die Schweiz einzigartig.
Der neue Kurs ist aber für alle Partnerorganisationen eine feste Grösse: Bei der Feuerwehr tritt er an die Stelle des ehemaligen Kommandantenkurses und des Einsatzleiterkurses 2, bei Polizei und Sanität dient er der Schulung der mittleren Kader, das heisst der Einsatzleiter und Chefs Front Sanität. Der Kurs richtet sich also an angehende Kaderangehörige von Polizei, Feuerwehr, Sanität, Zivilschutz, Care Teams und weiteren Institutionen, die bei Ereignissen zum Einsatz kommen. Für die Absolvierung dieses Kurses werden entsprechende Führungskenntnisse und Einsatzerfahrungen vorausgesetzt.

Am Ende des Kurses gibt es für alle Teilnehmenden einen Test mit 20 allgemeinen und 10 fachspezifischen Fragen. Wer den Test bestanden und den Kurs vollumfänglich besucht hat, erhält das Kurszertifikat. Der gemeinsame Kurs Efü 2 wurde vom schweizerischen Polizeiinstitut in Neuenburg zertifiziert. 2012 fanden – übers Jahr verteilt – bereits drei Kurse statt.
Auftraggeber dieser gemeinsamen Führungsschulung ist das Kantonale Führungsorgan KFO des Kantons Bern. Das Kernteam, das dieses Modul geschaffen hat, besteht aus den verantwortlichen Ausbildungschefs von Polizei, Feuerwehr, Sanität und Zivilschutz.



Die neue Ausbildung zum Zivilschutzkommandanten des Kantons Bern.



Abspracherapport im Kurs Einsatzführung 2.

Einsatzleitzentrale für Schaffhausen, Schwyz und Zürich

Wo jeder Einsatz seinen Anfang nimmt

Im November 2012 ist die neue Einsatzleitzentrale von Schutz & Rettung Zürich in Betrieb gegangen. Mit dem Projekt «ELZ 2011» wurden die beiden bestehenden Zentralen im Kanton Zürich an einem neuen Standort am Flughafen zusammengelegt und technologisch vereinheitlicht. Entstanden ist die modernste Einsatzzentrale der Schweiz.



Die neue Einsatzleitzentrale befindet sich in den ehemaligen Räumlichkeiten der Flugsicherung am Flughafenkopf.

Rund eine halbe Million Anrufe werden in der neuen Einsatzleitzentrale von Schutz & Rettung Zürich jährlich verarbeitet werden. Entgegengenommen werden Sanitätsnotrufe (144) aus den Kantonen Schaffhausen, Schwyz und Zürich sowie Feuerwehrnotrufe (118) aus dem Kanton Zürich. Neben den Einsatzmitteln von Feuerwehr und Rettungsdienst werden weitere Organisationen wie beispielsweise der Grosstierrettungsdienst disponiert.

Bis zur Inbetriebnahme der neuen Zentrale wurde diese Arbeit von zwei verschiedenen Standorten aus geleistet. Wichtigstes Ziel des Projektes «ELZ 2011» war es entsprechend, durch den Betrieb einer einzigen Zentrale die Dispositionsabläufe zu vereinfachen und Synergien zu nutzen. Auftraggeber für das Projekt waren die Gesundheitsdirektion und die Gebäudeversicherung des Kantons Zürich sowie das Polizeidepartement der Stadt Zürich. Nach Projektabschluss ist die Dienstabteilung Schutz & Rettung Zürich für den Betrieb der neuen Einsatzleitzentrale verantwortlich. Die bisher genutzte Zentrale in der Stadt Zürich steht weiterhin als Redundanz und für Ausbildungszwecke zur Verfügung.

Ideale Gebäudeinfrastruktur

Die neue Einsatzleitzentrale befindet sich in den ehemaligen Räumlichkeiten der Flugsicherung am Flughafenkopf. «Diese Räume sind aufgrund der bestehenden technischen Installationen ideal geeignet für den Betrieb einer Notrufzentrale», sagt Reto Trottmann, Abteilungsleiter Einsatzleitzentrale bei Schutz & Rettung.

Direkt neben der Einsatzleitzentrale mit 19 Arbeitsplätzen und 14 Notarbeitsplätzen ist ein Führungsraum mit verschiedenen Führungsmitteln untergebracht, der dem rückwärtigen Stab zur Bewältigung von Grossereignissen zur Verfügung steht. Auch bei Grossveranstaltungen wie der «Street Parade» werden die Informationen im Bereich der nichtpolizeilichen Sicherheit hier zusammenlaufen.

Modernste Technik

Ein Geschoss unter der Zentrale befindet sich die ganze technische Infrastruktur, die für den Betrieb nötig ist. Neben den verschiedenen Telefon-, Funk- und Datensystemen stehen den Mitarbeitenden auch Bilder von 700 Videokameras im Dispositionsgebiet zur Verfügung. Ereignet sich ein Verkehrsunfall auf der Autobahn, kann sich der Disponent so schon beim Eingang des Notrufs einen ersten Überblick über das Ereignis verschaffen.

Die 52 Disponentinnen und Disponenten werden von einem modernen Einsatzleitsystem unterstützt, das ein eigenentwickeltes Abfrageschema beinhaltet. Dies ermöglicht bei einem Notruf ein rasches und standardisiertes Gespräch mit dem Hilfesuchenden. So kommt die richtige Hilfe schnell an den richtigen Ort.

Kantonales Führungsorgan Freiburg

Übungen mit Stromversorger und Transportunternehmen

Ein Stromausfall, der weite Teile des Kantons betrifft, und ein Unglück, bei dem ein Güterzug in einem Bahnhof entgleist und Feuer fängt: Dies sind die beiden Szenarien, mit denen sich der Freiburger Bevölkerungsschutz im vergangenen Juni an zwei Übungen auseinandersetzen musste.

Für die erste Übung wurde ein grossflächiger Stromausfall simuliert. Die Stabsübung «Tolopo», die vom kantonalen Führungsorgan (KFO) gemeinsam mit dem Krisenstab des Energieunternehmens Groupe E durchgeführt wurde, fand an zwei Tagen im Operations-Kommandoposten und in den Räumlichkeiten des Unternehmens statt. Sie hatte insbesondere zum Ziel, die Zusammenarbeit und die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Energieunternehmen im Fall einer kantonalen Stromversorgungslücke zu testen. Es war das erste Mal, dass in der Schweiz eine Katastrophenorganisation und ein Elektrizitätsunternehmen gemeinsam eine Übung durchführten.
Die Stabsübung, bei der keine realen Einsätze nötig waren, erlaubte es den beiden Führungsorganen, die Probleme zu erkennen, die bei einer Stromversorgungslücke im Kanton auftreten würden. Die Auswirkungen eines solchen Ereignisses sind komplex, weil wirklich alle Bereiche unserer Gesellschaft von der Stromversorgung abhängig sind. Zugespitzt wurde das Szenario durch garstige Wetterverhältnisse.
An der Übung nahmen rund 50 Personen teil. Hinzu kam die Delegation des Staatsrates, der ebenfalls einbezogen wurde, wenn es darum ging, auf Vorschlag des KFO, die politisch notwendigen Entscheide zu treffen.
Zahlreiche Lehren konnten aus der Übung gezogen werden. So wurde erkannt, dass die Kommunikationsverantwortlichen des KFO und der Groupe E in einer Informationszelle zusammengezogen werden müssten, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden und die Koordination zu verbessern. Als Schlüssel zu einer kohärenten Führung erwies sich aufgrund der Komplexität die genaue Problemerfassung. Schliesslich bewährte es sich, dass zwischen der Groupe E und dem KFO über die Jahre eine kollegiale Beziehung entstanden ist.

Grossunfall im Bahnhof Murten

Unter dem Namen «Araldite» konnte zwei Wochen später – diesmal in Zusammenarbeit mit der SBB – der sogenannte «Plan ORANGE» des Kantons Freiburg geübt werden. Es ging darum, die Zusammenarbeit und die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Transportunternehmen zu testen. Das Szenario: Ein Güterzug mit Chemikalien entgleist mitten in der Nacht im Bahnhof Murten-Morat, Brennstoff fängt Feuer und chemische Produkte laufen aus.
Auch bei dieser Stabsübung kam es nicht zu einem wirklichen Eingreifen vor Ort. Die Führungsorgane im Katastrophenfall errichteten aber, nach dem Alarm um 4 Uhr früh, einen Einsatzkommandoposten in der Umgebung der Orientierungsschule Murten. Sie konnten ermessen, wie viele Probleme von einem solchen Unfall verursacht werden, zum Beispiel bei der Planung der Notevakuierung, der Koordination der Information und der Priorisierung der Einsätze. Nahezu 60 Personen – Mitglieder von Polizei, Feuerwehr, Sanitätsdiensten und Zivilschutz sowie Mitarbeitende des Amtes für Umwelt – waren an dieser Übung beteiligt, die bis Mittag dauerte.
Die detaillierte Beurteilung der beiden Übungen dauert mehrere Monate.



Absprache zwischen den Partnerorganisationen Polizei und Zivilschutz in Murten.

Vorbereitungen im Kanton Freiburg

Kantonaler Pandemie-Einsatzplan liegt vor

Der Kanton Freiburg hat seine Vorbereitung auf eine allfällige Grippe-Pandemie ergänzt: Der kantonale Pandemie-Einsatzplan zeigt detailliert die vorgesehenen Massnahmen auf. Mit dem Plan wird angestrebt, möglichst lange die gewohnten Abläufe aufrechtzuerhalten.



Die Gefahrenanalyse des Kantons Freiburg von 2005 hat die Pandemie als beträchtliche Gefahr eingestuft. Deshalb erarbeitete das Kantonale Führungsorgan (KFO) den Pandemie-Einsatzplan mit Priorität. Inzwischen haben die Vogelgrippe (H5N1) von 2006 und die Grippe-A-Pandemie (H1N1) von 2009 den Entwicklern des Plans neue Erkenntnisse geliefert.
Hauptidee ist es, die gewohnten Abläufe möglichst lange aufrechtzuerhalten. Insbesondere heisst dies, dass der Staat erst eingreift, wenn eine Einheit nicht mehr in der Lage ist, ihre wesentliche Tätigkeit auszuführen. Das KFO übernimmt dann die Leitung des Einsatzes und wird dabei unterstützt durch das Kantonsarztamt KAA, das auch für die Verbindung zum Bundesamt für Gesundheit BAG sorgt.

23 verschiedene Konzepte, 600 Seiten

Der Plan wurde unter der Leitung des Amtes für Bevölkerungsschutz und Militär ABSM hauptsächlich für die Führungsorgane der Gemeinden und des Kantons sowie für Einsatzeinheiten erstellt. Das 600-seitige Dokument umfasst 23 verschiedene Konzepte unter anderem zu den Bereichen Impfung, Kommunikation, Kontaktmanagement, Pflege zu Hause und Aufrechterhaltung der lebensnotwendigen Tätigkeiten der Unternehmen.
Einerseits stützt sich der Plan auf Erfahrungswerte und andererseits auf wissenschaftliche Erkenntnisse. Je nach Art der Pandemie, bei neuen Erkenntnissen der Wissenschaft und abhängig von der momentanen Situation soll er jeweils angepasst werden. In jedem Fall wird er regelmässig, einmal pro Legislaturperiode, vom ABSM in Zusammenarbeit mit dem KAA aktualisiert.

Weiterführender Link: www.fr.ch/katastrophe

Konferenz der kantonalen Verantwortlichen für Militär, Bevölkerungsschutz und Zivilschutz

Urs Alig ist neuer Präsident

Die Mitglieder der Konferenz der kantonalen Verantwortlichen für Militär, Bevölkerungsschutz und Zivilschutz (KVMBZ) haben den Thurgauer Amtschef Urs Alig an der Jahreskonferenz in Lenzburg zu ihrem neuen Präsidenten gewählt. Er folgt auf Hanspeter von Flüe, Vorsteher des Amtes für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär des Kantons Bern (BSM).

Die KVMBZ ist ein beratendes Organ der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RK MZF). Sie befasst sich auf operationeller Ebene mit Themen der Verteidigung sowie des Zivilschutzes und des Bevölkerungsschutzes. Die Konferenz bereitet für die RK MZF etwa Geschäfte von politischer Bedeutung vor oder bearbeitet die Geschäfte von kantonalem Interesse in den Bereichen Sicherheitsverbund Schweiz, Militär, Bevölkerungsschutz und Zivilschutz. Zudem hat sie Aufgaben wie die Koordination auf operativer Ebene zwischen den Kantonen und mit den zuständigen Bundesstellen sowie die Vertretung der Anliegen der Kantone auf operativer Ebene gegenüber dem Bund. Der KVMBZ unterstehen diverse Fachgruppen.
Als Präsident der KVMBZ ist Urs Alig Mitglied des Steuerungsausschusses des Konsultations- und Koordinationsmechanismus Sicherheitsverbund Schweiz KKM SVS und direkter Ansprechpartner des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz BABS sowie weiterer Bundesstellen.

SRK-Mitglied

Der Schweizerische Militär-Sanitäts-Verband

Der Schweizerische Militär-Sanitäts-Verband SMSV ist das älteste Mitglied des Schweizerischen Roten Kreuzes SRK. In der Rettungskette leisten seine Mitglieder als Laienhelfer wertvollen Dienst in der Nothilfe. Der nicht mehr rein militärische Verband engagiert sich insbesondere in der Jugendausbildung.

Der SMSV zählt gegen 600 aktive Mitglieder. Er ist in drei Regionen (Romandie, Mitte und Ost) und 23 Sektionen aufgeteilt. Dass der SMSV nicht die Grösse anderer Rettungsorganisationen erreicht, hat seinen Grund: Er entstand ausschliesslich, um den im Militär ausgebildeten Sanitätssoldaten ausserhalb ihrer Diensttätigkeit die Möglichkeit zu bieten, fachlich in Form zu bleiben. Lange Zeit war es daher nur Sanitätssoldaten möglich, einer Sektion des SMSV beizutreten. Heute ist das nicht mehr so, und der SMSV ist dankbar um jedes engagierte Mitglied.

Der SMSV hat viele Regulierungen in der Ausbildung des Armee-Sanitätsdienstes mitgetragen und ist stets den wachsenden Anforderungen gerecht geworden. Er hilft mit, die zivil-militärische Angleichung in der Ausbildung voranzutreiben. Er fördert den Einsatz von Freiwilligen im Rettungs- und Sanitätswesen und sorgt dafür, dass Verunfallte und plötzlich Erkrankte Erste Hilfe erhalten. Mit spontanen Einsätzen schliesst er Lücken im Netz der Sozialeinrichtungen. Zudem fördert er die Unfallverhütung sowie die Lebensrettung aus allen Notlagen.

Finanzielle und materielle Unterstützung erhält der Verband zu etwa gleichen Teilen vom Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS und dem SRK. Beide stellen je einen Delegierten im Zentralvorstand. Im Gegenzug engagieren sich die Sektionen sehr stark in der Jugendausbildung und auf Verbandsebene in der vordienstlichen Ausbildung. Im Projekt «Azzurfront» bilden Fachleute des SMSV im Auftrag des VBS Einheitssanitäter in der Ersten Hilfe aus.

Aula – das Jugendlager des SMSV

Im Bereich der vordienstlichen Ausbildung bietet der Verband Jugendlichen und jungen Erwachsenen von 14 bis 22 Jahren jährlich ein einwöchiges Ausbildungslager (Aula) mit den Themen Lebensrettung und Erste Hilfe an. Über 140 Jugendliche nehmen jährlich mit Begeisterung daran teil. Das Lager 2012 fand im Oktober in Schwarzsee (FR) statt.

Der Kurs ist modulartig aufgebaut und in vier Stufen eingeteilt. Im ersten Jahr werden die Grundkenntnisse des Nothelfers vermittelt. In den folgenden Jahren wird in erweiterter Erster Hilfe, in Notfallmedizin und im Pflegebereich ausgebildet. Dabei lernen die Teilnehmenden auch die Grundwerte des Roten Kreuzes kennen und werden für den humanitären Gedanken sensibilisiert. Das Lager bietet auch viel Spass, Sport und «Action». Das Highlight ist jeweils der Besuch eines Super-Puma-Helikopters der Schweizer Armee.

Schon für viele Jugendliche war das Aula nicht nur vordienstliche Ausbildung, sondern auch Sprungbrett für eine Berufsausbildung im Gesundheitswesen. Das Lager kann jeweils nur durchgeführt werden dank dem Einsatz von rund 60 freiwilligen Fachreferenten, Instruktoren und Helfenden, der Schweizer Armee, die das ganze Material, aber auch die Unterkunft zur Verfügung stellt, sowie grosszügiger Unterstützung vieler weiterer Organisationen und Privatpersonen.



Schon für viele Jugendliche war das Ausbildungslager des SMSV nicht nur vordienstliche Ausbildung, sondern auch Sprungbrett für eine Berufsausbildung im Gesundheitswesen.

Projekt Schulsamariter

Schüler wollen helfen können

In Schulen kommen täglich viele Menschen zusammen, und es ereignen sich ab und zu auch Unfälle – nicht nur im Turnunterricht. Mit dem Projekt «Schulsamariter – Schüler helfen Schülern» will der Schweizerische Samariterbund SSB Schulen und Schülerschaft so vorbereiten, dass sie in Notsituationen selbst Erste Hilfe leisten können.



Björn Kuratli, Präsident und Kursleiter des Samaritervereins Schönenberg ZH vermittelt Schülern seines Ortes Kenntnisse in Erster Hilfe.

Ziel des Projektes «Schulsamariter – Schüler helfen Schülern» ist es, dass Schulsamariter bei Schul- und Sportfesten den Sanitätsdienst unterstützen, an Ausflügen und an ganz normalen Schultagen für Sicherheit sorgen und den Mitschülern bei Notfällen helfen. Schulsamariter sind geschult in Erster Hilfe, sie helfen kompetent und schnell bei Unfällen, Verletzungen oder Krankheiten.

Laut dem Konzept richtet sich das Angebot der Samariter in der Regel an Schulen der Sekundarstufe I. Pro Schule sollten etwa sechs bis sieben Schulsamariter ausgebildet werden. Die Einrichtung eines Schulsanitätsdienstes an einer Schule ist ein Gewinn für alle: Schulleitung, Lehrerschaft, Hauswarte, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern.

Pilotphase mit drei Schulen

In Deutschland und in Österreich hat das Rote Kreuz breite Erfahrung mit Schulsamaritern. Dort hat sich gezeigt, dass die Schülerinnen und Schüler sehr interessiert sind, im Notfall selbst Verantwortung zu übernehmen. Anne Marie Götschl vom österreichischen Jugendrotkreuz berichtet: «Ich erfahre immer wieder, dass der Schulsanitätsdienst ein wirklich wertvolles Projekt ist, das jungen Menschen sehr gut tut und viele Benefits bringt – ihre soziale Handlungskompetenz und ihr soziales Problembewusstsein steigen und sie lernen Gemeinschaft, Kooperation, Teamgeist, Förderung der kommunikativen Fertigkeiten.»

Auch «die ersten Erfahrungen des SSB zeigen, dass das Projekt bei Lehrern und Schülern gut ankommt», erklärt Ursula Bicker, Leiterin des Bereichs Jugend im Zentralsekretariat des Schweizerischen Samariterbundes.

Das SSB-Projekt steckt zurzeit in der Pilotphase mit drei Schulen in Sitten VS, Tenero TI und Schönenberg ZH. Erfahrungsgemäss braucht es eine längere Aufbauphase, bis die Schulen zum Einsteigen bereit sind. Wenn die Pilotphase demnächst abgeschlossen sein wird, soll das Projekt auf einen ganzen Kanton ausgedehnt werden. In einer dritten Phase werden Werbemassnahmen entwickelt und ein Leitfaden für Samaritervereine und Schulen erarbeitet, um schliesslich das Schulsamariterprojekt in der ganzen Schweiz zu lancieren.

Herausforderung für die Samaritervereine

Ein Ziel des Projektes ist es auch, die Samaritervereine bei der Suche nach jungen Mitgliedern zu unterstützen. Die Kinder und Jugendlichen sollen das Engagement für die Erste Hilfe als sinnvolle Freizeitbeschäftigung erfahren und die Kursangebote der Samariter kennenlernen.

Klar ist, dass die Grundschulung der Lehrer- und Schülerschaft durch das Ausbildungskader der Samaritervereine erfolgen muss. Der SSB hat deshalb bereits eine Weiterbildung für Kursleiter und Technische Leiter zum Thema «Arbeiten mit Kindern und Jugendlichen» eingeführt, die bei den ersten Absolventen grossen Anklang fand.

Ausbildung Pyrotechnik

Irdische Prüfung für himmlische Kunst

Wer ein grösseres Feuerwerk kaufen und steigen lassen will, benötigt ab 2014 eine entsprechende Berechtigung. Der Schweizerische Feuerwehrverband SFV gehört zur Trägerschaft der Interessengemeinschaft Grossfeuerwerk, welche die dafür notwendigen Feuerwerkskurse und Prüfungen organisiert.

Bei den neuen Vorgaben geht es um Feuerwerkskörper der Kategorie 4, die nicht im offenen Verkauf (Detailhandel) erhältlich sind. Grundlage für die Feuerwerksausbildung ist das Sprengstoffgesetz, das für das Kaufen und Abfeuern von Feuerwerkskörpern der Kategorie 4 den Besitz einer Berechtigung vorschreibt. Ziel ist der zulässige und zuverlässige Umgang mit pyrotechnischen Gegenständen beziehungsweise eine möglichst unfallfreie Tätigkeit.
Im eintägigen Kurs Feuerwerk A (FWA) bringt erfahrenes Fachpersonal den Kursabsolvierenden die wichtigen Aspekte wie Transport, Zündung, Planung und Sicherheit näher. Neben dem theoretischen Teil können die Teilnehmenden in Gruppenarbeiten zum Beispiel die Montage der Feuerwerkskörper oder einen elektrischen Zündkreis erlernen. Noch am selben Tag erfolgt eine schriftliche und eine praktische Prüfung. Der Ausweis FWA berechtigt zum Abbrennen von zündfertigen Feuerwerksbatterien der Kategorie 4 bis maximal Kaliber 75 mm. Das Gesamtgewicht der Nettoexplosivmasse (NEM) dieser Feuerwerkskörper darf 20 kg nicht überschreiten.
Wer Grossfeuerwerke über 20 kg NEM abfeuern möchte, benötigt die Berechtigung Feuerwerk B. Dafür ist ein einwöchiger Kurs zu absolvieren, wobei sich diese Schulung an Feuerwerker mit bereits vorhandenen Kenntnissen richtet. Zu den Kursen wird zugelassen, wer mündig ist und eine Zuverlässigkeitsbescheinigung vorlegen kann.

Für weitere Informationen und Anmeldeformulare: www.swissfire.ch.



Schön anzusehen. Der richtige Umgang mit Feuerwerken will aber gelernt sein.

Die Feuerwerk-Kategorien:

Kategorie 1: Feuerwerkskörper, die eine sehr geringe Gefahr darstellen, einen vernachlässigbaren Lärmpegel erzeugen und für die Verwendung in eingegrenzten Bereichen (auch Wohngebäude) vorgesehen sind. Der Verkauf – ohne Bewilligung des Kantons – ist an Personen über 12 Jahre gestattet.

Kategorie 2: Feuerwerkskörper, die eine geringe Gefahr darstellen, einen geringen Lärmpegel erzeugen und für die Verwendung in eingegrenzten Bereichen im Freien vorgesehen sind. Der Verkauf ist nur an Personen über 16 Jahre gestattet; eine Verkaufsbewilligung des Kantons ist notwendig.

Kategorie 3: Feuerwerkskörper, die eine mittlere Gefahr darstellen, für die Verwendung in weiten offenen Bereichen vorgesehen sind und deren Lärmpegel bei korrekter Verwendung die menschliche Gesundheit nicht gefährden. Der Verkauf ist nur an Personen über 18 Jahre gestattet; eine Verkaufsbewilligung des Kantons ist notwendig.

Kategorie 4: Feuerwerkskörper, die eine grosse Gefahr darstellen, nur für die Verwendung durch Personen mit Fachkenntnissen vorgesehen sind und deren Lärmpegel bei korrekter Verwendung die menschliche Gesundheit nicht gefährden. Der Verkauf ist nur an Personen über 18 Jahre gestattet. Diese Feuerwerkskörper dürfen nicht in den Detailhandel (offener Verkauf) gebracht werden und es besteht Buchführungspflicht.

Wissenschaftlich-künstlerische Wanderausstellung

Ist ein Leben mit dem Risiko wirklich eine Katastrophe?



Die Ausstellung «Risk inSight» soll die Besucherinnen und Besucher zum Nachdenken bringen über die wachsende Bedeutung des Risikos in unserer Gesellschaft.

Die Vorhersage eines Börsencrashs, die Simulation einer Überschwemmung, die Planung einer Atommülldeponie, aber auch das Flugverkehrsmanagement und der Bau eines Olympiastadions oder einer Berghütte: So viele unterschiedliche Aktivitäten, die auf den ersten Blick nichts zu verbinden scheint, haben doch alle ein gemeinsames zentrales, manchmal grundlegendes Element, nämlich das Risiko.

Die Medien überbieten sich heute geradezu mit Krisen- und Katastrophennachrichten. Ist ein Leben mit dem Risiko wirklich eine Katastrophe? Die Ausstellung «Risk inSight» befasst sich damit, dass das Risiko allgegenwärtig ist, und stellt die Frage, ob wir deswegen auch immerzu Angst haben müssen.

Konzipiert wurde «Risk inSight» – ein Zusammenspiel von Wissenschaft und Kunst – unter der Leitung der Geografin Valérie November an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Lausanne (EPFL). Es handelt sich um die erste öffentliche Ausstellung am «Rolex Learning Center» der EPFL.

Die Ausstellung soll die Besucherinnen und Besucher zum Nachdenken bringen über die wachsende Bedeutung des Risikos in unserer Gesellschaft. Visuelle und akustische Installationen, Fotografien, Video-Modellierung, interaktive Benutzeroberflächen und ein Dokumentarfilm werden in Dialog gesetzt mit Beiträgen aus der Wissenschaft – von der Biotechnologie über die Architektur, das Finanzwesen und die Geografie bis hin zu den Sozialwissenschaften.

Vielleicht auch bald vor Ihrer Haustür

Einen Monat lang war «Risk inSight» diesen Herbst im Rolex Learning Center zu sehen. Danach soll die Ausstellung auf Wanderschaft gehen. Für 2013 sind Termine in Paris und im Wallis vorgesehen, weitere Standorte in der Schweiz sind in Diskussion.

IMPRESSUM

Bevölkerungsschutz 14 / Dezember 2012 (5. Jahrgang)

Die Zeitschrift *Bevölkerungsschutz* ist in der Schweiz kostenlos erhältlich in Deutsch, Französisch und Italienisch.

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS

Koordination und Redaktion: P. Aebischer

Redaktionsteam: A. Bucher, Ch. Fuchs, D. Häfliger, M. Haller, K. Münger, F. Simeon, H. Weber, N. Wenger

Kontakt: Bundesamt für Bevölkerungsschutz, Kommunikation, Monbijoustr. 51A, CH-3003 Bern, Telefon +41 31 322 51 85, info@babs.admin.ch

Fotos: Titelseite, S. 7 und 13 Keystone; S. 11 und 12 SRF/Merly Knörle; übrige BABS/zVg

Layout: Zentrum elektronische Medien ZEM, Bern

Nachdruck: Die in *Bevölkerungsschutz* veröffentlichten Beiträge und Bilder sind urheberrechtlich geschützt. Nachdrucke sind mit der Redaktion zu vereinbaren.

Auflagen: Deutsch 8500 Ex., Französisch 3500 Ex., Italienisch 1000 Ex.

Das BABS ist Herausgeber von *Bevölkerungsschutz*. Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn, sondern eine Plattform; die Beiträge geben somit nicht in jedem Fall den Standpunkt des BABS wieder.

Kommunikation im Katastrophenfall

So sieht es ALEX

ALEX zeichnet unter anderem regelmässig für die Westschweizer Tageszeitung «La Liberté». Er lebt im Freiburger Broyetal.



Ausblick Nr. 15, März 2013

Dossier

GEFÄHRDUNGS-ANALYSEN IM BEVÖLKERUNGS-SCHUTZ

Was meinen Sie?

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen und Anregungen für kommende Ausgaben!

info@babs.admin.ch

Jetzt bestellen

Die Zeitschrift des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz erscheint dreimal pro Jahr in Deutsch, Französisch und Italienisch.

Gratishefte und -abonnements können bestellt werden unter www.bevoelkerungsschutz.ch oder info@babs.admin.ch.

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS

«Der Zivilschutz steht vor einem Quantensprung.»

Walter Müller, neuer Präsident des
Schweizerischen Zivilschutzverbandes SZSV
Seite 4

«Erzähle ich eine einzige Unwahrheit, ist meine Glaubwürdigkeit sofort futsch.»

Marco Cortesi, Sprecher der Stadtpolizei Zürich
Seite 7

«Unsere Erfahrung zeigt, dass im Krisenfall die klassischen Medien stärker konsumiert werden.»

Gregor Sonderegger, stellvertretender Nachrichtenchef
des Schweizer Fernsehens
Seite 10

Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS
Monbijoustrasse 51A
CH-3003 Bern
Telefon +41 31 322 51 85
info@babs.admin.ch
www.bevoelkerungsschutz.ch